

12. März

2 / 2020

www.landtag-mv.de



+++ Folgen des Klimapakets für MV +++ Hartlich willkommen +++ Azubi-Ticket nimmt Fahrt auf +++ Kein Geld für Gehörlose +++ Vom Brexit lernen +++ Die digitale Behörde +++ Die Landarztquote ist da +++ Bericht zur Bestattungskultur +++ Engagement als Legitimation +++

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 14. Juni 2020, Eröffnung um 10:00 Uhr
(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ freier Eintritt ins Schlossmuseum +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burggarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern



4 – 23	AUS DEM PLENUM	
4	Aktuelle Stunde	Folgen des Klimapakets für MV
5 - 11	Auszüge aus der Original-Debatte	Christoph Grimm (AfD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE), Thomas Würdich (SPD), Torsten Renz (CDU)
12 – 18	Berichte	Hartlich willkommen Azubi-Ticket nimmt Fahrt auf Kein Geld für Gehörlose Vom Brexit lernen Die digitale Behörde
19 - 20	Meldungen	Kein doppelter Rundfunkbeitrag Die Landarztquote ist da Versorgungsamt bleibt in Kiel Verfassungsschutz bleibt Zwei Konferenzen zum Ostseeraum Unterstützung für Freifunk Nein zu #WirHabenPlatz Strategiefonds: Mehr Mitsprache
21 – 22	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
23 – 25	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Bericht zur Bestattungskultur Informationsbesuch des Wirtschaftsausschusses Weitere Vernehmungen Gemeinsame Sitzung zu Einzelhandel Vorstellung der Kandidaten
26 – 29	PANORAMA	Wichtiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
30 - 31	Das Schloss vor 30 Jahren	Engagement als Legitimation
32	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 21.02.2020



Foto: Uwe Sinnecker

Folgen des Klimapakets für MV

Landtag startet mit Kontroverse ins neue Sitzungsjahr

■ **Mehr Geld für Pendler. Weniger Kosten für Strom und Bahntickets. Höhere Preise für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas: Das Klimaschutzpaket des Bundes ist beschlossene Sache. Nachdem der Bundesrat dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht zugestimmt hatte, verhandelten Bund und Länder im Vermittlungsausschuss nach. Ende Dezember stand der Kompromiss. Seit Januar gilt das Paket. Welche Auswirkungen hat es für die Menschen in MV? Darüber debattierte der Landtag auf Antrag der AfD-Fraktion in der Aktuellen Stunde der Januarsitzung.**

„Das Klimapaket enthält für unser Bundesland nichts Gutes.“ **Christoph Grimm** (AfD) sprach von einer „phantasielosen und unsozialen Mogelpackung“, die alle wichtigen Lebensbereiche verteuere und gerade Menschen im ländlichen Raum große Lasten aufbürde. Die Förderungen kämen nur denen zugute, die sich Modernisierungen leisten könnten. Er warf Ministerpräsidentin Manuela Schwesig vor, im Vermittlungsausschuss schlecht verhandelt zu haben.

Das wies **Manuela Schwesig** von sich. Die Landesregierung habe im Vermitt-

lungsausschuss für eine höhere Pendlerpauschale, eine neue Mobilitätsprämie und weniger EEG-Umlage (Anm. d. Red.: Erneuerbare-Energie-Gesetz) gesorgt, so die Ministerpräsidentin. „Das ist unser ganz konkreter Beitrag dafür, dass Vorschläge besser werden.“ Im Gegensatz dazu habe sich die AfD im Vermittlungsausschuss nicht an Verbesserungsvorschlägen beteiligt. „Deshalb ist die von Ihnen angemeldete Aktuelle Stunde heuchlerisch.“

Für **Dietmar Eifler** (CDU) haben die Nachverhandlungen zu einem sozial ausgewogenen Kompromiss geführt. Er unterstrich, dass Klimaschutz nun mal nicht zum Nulltarif zu haben sei, das Klimapaket neben Belastungen aber auch Entlastungen mit sich bringe. „Wir sind insgesamt auf einem guten Weg.“

„Die beschlossenen Maßnahmen sind allerhöchstens Schrittmchen in die richtige Richtung“, meinte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). „Die Koalition bittet vor allem diejenigen zur Kasse, die mit ihrem Einkommen gerade so über die Runden kommen.“ Das treffe auch in MV viele Menschen hart – während Konzerne weiterhin Milliardensubventionen erhielten.

„Wozu das Ganze?“, fragte **Holger Arppe** (fraktionslos). „Der deutsche Anteil am internationalen CO₂-Ausstoß ist kaum messbar.“ Was hier betrieben werde sei „Ökokommunismus“.

„Vollumfänglich zufrieden sind wir als SPD-Fraktion mit dem Klimapaket auch nicht“, sagte **Thomas Würdich** (SPD). Es falle aber deutlich besser aus, als von der AfD hier dargestellt. Er betonte, dass der CO₂-Preis nur dort anfallt, wo tatsächlich auch Kohlendioxid ausgestoßen werde. Das werde CO₂-freie Alternativen aus ihrer Nische holen und wirtschaftlich attraktiver und günstiger machen.

Das Klimaschutzpaket:

- 2021 steigt die Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer auf 35 Cent und von 2024 bis 2026 auf 38 Cent. Gering verdienende Pendler erhalten eine Mobilitätsprämie.
- Die Mehrwertsteuer für Bahntickets im Fernverkehr sinkt von 19 auf 7 Prozent
- Fossile Heiz- und Kraftstoffe werden teurer. Der CO₂-Preis steigt ab 2021 auf 25 Euro/Tonne, bis 2025 schrittweise auf 55 Euro. Ursprünglich geplant waren 10 bis 35 Euro.
- Die EEG-Umlage sinkt. Das soll zu niedrigeren Strompreisen führen.
- Wer selbst genutztes Wohneigentum energetisch saniert, erhält Steuervorteile. Für Ölheizungen gibt es eine Austauschprämie.

(Quelle: www.bundesregierung.de)

Christoph Grimm, AfD:

„Das Klimapaket enthält für unser Bundesland nichts Gutes.“



Foto: Uwe Sinnecker

Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Das Klimapaket der Bundesregierung ist eine fantasielose und zudem auch noch sehr unsoziale Mogelpackung.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Minister Dr. Till Backhaus: 53 Milliarden! –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)*

Es hieß, CO₂ solle einen Preis bekommen, Preise aber bilden sich am Markt. In Wahrheit handelt es sich doch um eine massive Steuererhöhung, die alle wichtigen Lebensbereiche in Deutschland nun teurer machen wird. Sozial ausgewogen [...] die Maßnahme sein. [...] bis zum Jahre 2026 steigen die staatlichen Einnahmen aus dem Klimapaket auf 14,4 Milliarden Euro. Die privaten Haushalte werden gut die Hälfte davon aufbringen müssen. Die Entlastung bei der EEG-Umlage schlägt dagegen mit jährlich knapp 2 Milliarden Euro zu Buche, gut ein Drittel davon fließt an die privaten Haushalte zurück. Die Erhöhung bei der Pendlerpauschale entlastet die Privaten um weitere 0,6 Milliarden Euro im Jahr. Fazit: Der Staat ist unterm Strich mit 12 Milliarden Euro jährlich der große Gewinner. [...]

Und dann stellt sich die Frage: Was macht eigentlich der Staat mit diesen 12 Milliarden? Konsequenter und ehrlicher wäre ja, das Geld ausschließlich für Klimaschutzprojekte auszugeben, aber wer das glaubt, der glaubt sicherlich auch, dass die noch heute erhobene Sektsteuer zur Finanzierung einer deutschen Hochseemarineflotte dient.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, unser Staat braucht dieses Geld dringend zur Finanzierung ganz anderer Milliardenlöcher, und Sie ahnen es schon, was hier wohl nach Auffassung der AfD der Grund sein könnte. [...] Ausgerechnet die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns, eines Flächen- und Pendlerlandes, [...] ausgerechnet diese

Menschen bekommen nun unnötig zusätzlich massive Lasten aufgebürdet. [...] Insbesondere die Menschen im ländlichen Raum werden davon überproportional betroffen sein, denn sie sind im Vergleich zur urban lebenden Bevölkerung auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)*

Mecklenburg-Vorpommern hat von allen Bundesländern mit 71 Prozent einen der höchsten Anteile am motorisierten Individualverkehr, lediglich 7 Prozent nutzen hier den öffentlichen Nahverkehr. Der Ausgleich über die Pendlerpauschale greift nur teilweise, da lediglich die einfache Pauschale ab dem 21. Kilometer berücksichtigt wird. Im ländlichen Raum wird aber auch zum Arzt, zur Kita, zum Einkaufen oder zum Amt gefahren, dafür jedoch ist kein Ausgleich vorgesehen.

Auch Heizen wird dank des Klimapaketes teurer. [...] Kaminöfen sind keine Ausweidlösung, Baujahre älter als 1995 sind zu ersetzen oder mit teuren Filtern nachzurüsten. Insbesondere ältere Menschen dürften hierzulande aber noch alte Kachelöfen in Betrieb haben.

Fazit: Das Klimapaket wird für die Menschen in Deutschland, insbesondere für die ländlichen Räume und damit für Mecklenburg-Vorpommern, nicht unerhebliche Kostensteigerungen bringen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)*

Meine Damen und Herren, das Klimapaket enthält für unser Bundesland nichts Gutes. Eigentlich ist es eine soziale Paketbombe mit Zeitzünder.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)*

Dass Manuela Schwesig im Bundesrat maßgeblich daran mitgewirkt hat, schlägt dem Fass aber den Boden aus.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: So ist es.)

[...] Was hat denn die Ministerpräsidentin da konkret geleistet?

Frau Schwesig, bevor das Klimapaket in den Vermittlungsausschuss kam, betrug der CO₂-Startpreis noch 10 Euro pro Tonne. Danach, also als Sie Ihren Kompromiss dann gefunden haben im Vermittlungsausschuss, betrug er plötzlich 25 Euro pro Tonne. Na prima! [...]

So, jetzt ist meine Zeit gleich zu Ende. – Danke. Tschüss!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos –
Torsten Renz, CDU: Jetzt ist die Zeit um. –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)*

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Wir müssen konkrete Antworten finden, wie Klimaschutz geht, und dabei aber auch sozial gerecht.“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es ist wichtig, dass dieses Klimapakett kommt. Natürlich hat ein Paket immer Stärken und Schwächen,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

aber ich will sagen: Zukünftig wird der Bund über mehrere Jahre 54 Milliarden Euro investieren für Klimaschutz. Und Klimaschutz ist wichtig, wichtig übrigens für alle Generationen. Ich halte nichts davon, dass das Thema Klimaschutz benutzt wird, um die Bevölkerung zu spalten,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Machen Sie aber! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

zu spalten zwischen denen, die sich vegan ernähren, und denen, die gern ein Steak essen, zu spalten zwischen denen, die in der Stadt leben, und denen, die im ländlichen Raum leben, zu spalten zwischen denen, die ihr Fahrrad nutzen können und eine U-Bahn vor der Tür haben, aber auch die anderen, die ihr Auto brauchen, insbesondere im ländlichen Raum. Ich warne davor, Klimaschutz zu benutzen, zu spalten zwischen der Bevölkerung in Stadt/Land

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

und zwischen den Generationen.

*(Horst Förster, AfD: Wem was nicht passt,
der spaltet. – Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)*

Ich bin sicher, dass auch die ältere Generation ein gutes Klima, eine gute Erde ihren Enkeln hinterlassen möchte, und deshalb warne ich davor zu spalten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Da hab ich vom WDR aber was anderes gehört.)

Wir müssen konkrete Antworten finden, wie Klimaschutz geht, und dabei aber auch sozial gerecht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Deshalb ist es gut, dass mit dem Klimapakett zukünftig investiert wird, 40 Milliarden in einen Energie- und Klimafonds, für Gebäudesanierung, für Elektromobilität. Es wird über 7 Milliarden Euro für Radwege geben. Es wird 5 Milliarden Euro geben für die Gebäudesanierung, aber auch für die Entlastung durch sozusagen billigere Bahntickets, die ja schon längst da sind.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wo keine Bahn ist, nützt es auch nichts, wenn sie billiger ist.)

Und vor allem wird es mehrere Milliarden geben für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört die Senkung der Stromkosten, die Erhöhung des Wohngeldes und vor allem, ich habe es gesagt, die Pendlerpauschale, die insbesondere für die ländliche Bevölkerung wichtig ist.

[...] Mecklenburg-Vorpommern hat insbesondere im Vermittlungsausschuss dazu beigetragen, dass die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum entlastet werden durch eine höhere Pendlerpauschale, durch eine bessere Mobilitätsprämie. Wir haben dazu beigetragen, dass der Vorschlag der Bundesregierung, was Windparks angeht, nicht umgesetzt wird, sondern neue Vorschläge zur besseren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gemacht werden.

Wir haben dazu beigetragen, dass vor allem auch die EEG-Umlage, also die Stromkosten gesenkt werden. Das ist unser ganz konkreter Beitrag dafür, dass Vorschläge besser werden [...] Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Schwenke.

(Ralf Borschke, AfD: Guck doch mal nach draußen! Die CO₂-Steuer wirkt doch schon, es schneit schon! Funktioniert doch, Mensch! –

Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU: Ihre Zeit läuft doch schon längst, oder?)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:

„Wir brauchen eine demokratische und soziale Energiewende.“



Foto: Uwe Sinnecker

Nein, läuft noch nicht.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Deutschland hat 2016 das Pariser Klimaabkommen ratifiziert und sich zu einem wirkungsvollen Beitrag zum globalen Klimaschutz verpflichtet. [...] Aber dieses Klimapakete hat von Beginn an zwei entscheidende Webfehler,

(Torsten Renz, CDU: Aha?)

Erstens, [...]

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie Vorschläge eingebracht?)

[...] die beschlossenen Maßnahmen sind allerhöchstens Schrittchen in die richtige Richtung.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und zweitens, die Koalition bittet vor allem diejenigen zur Kasse, die mit ihrem Einkommen gerade mal so über die Runden kommen, die oft auch keine Alternativen in ihrem Alltag haben. [...] Und diejenigen, die Schuld haben, die Reichen und Superreichen, die internationalen Konzerne, [...] werden nicht zur Kasse gebeten! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Sie wissen schon, dass das Unsinn ist?)

[...] Union, SPD und GRÜNE im Bundestag haben sich entschieden, das Heizen zu verteuern, Pendler zu belasten, und mit dem CO₂-Preis werden sicherlich auch die Lebensmittel teurer. [...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach?)

[...] Aber wo sind die Alternativen und was bewirken die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich? Die energetische Sanierungsrate von Gebäuden ist auch in unserem Land deutlich zu niedrig. Insbesondere in den ländlichen Regionen ist der öffentliche Verkehr ein Witz, [...] Und wenn Lebensmittel teurer werden, belastet das die kleinen Budgets der Hartz-IV-Bezieher, von Rentnern, Alleinerziehenden, Geringverdienern.

[...] Exemplarisch für diese falsche Politik ist der Kohlekommiss. [...]

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU: Nee, die Kohlekraftwerke haben dazu beigetragen ...)

[...]

(Torsten Renz, CDU: ... die Versorgungssicherheit in diesem Lande zu garantieren!)

[...] wir brauchen eine demokratische und soziale Energiewende, [...] Wir LINKE sagen: Weg mit der Stromsteuer! [...] Weg mit den überbordenden Industrierabatten! Her mit der solidarischen Wälzung der Netzentgelte [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Warum nicht regionale Strompreise, [...] Entlastung da, wo die Belastung am größten ist? [...]

Wir LINKE sagen, ökologisches Wohnen ohne Mieterhöhungen ist machbar. Der Schlüssel liegt im Ausbau eines gemeinwohlorientierten Wohnungssektors, in dessen Händen perspektivisch die Mehrheit der Wohnungen liegt.

(Torsten Renz, CDU: Sie stellen ja die ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf hier.)

[...] Die Bundesregierung hat auch das Agrarpaket als Teil des Klimapakets beschlossen. An dieser Stelle möchte ich meine Kollegin aus dem Bundestag, Kirsten Tackmann, zitieren: „Im Jahr 2020 muss sich entscheiden, ob die heimische Landwirtschaft weiter vor allem die Profite der Verarbeitungs- und Handelskonzerne erarbeitet, ob weiterhin ihre Interessen auf dem Altar eines sozial und ökologisch blinden Weltmarkts und der Freihandelsabkommen wie Mercosur geopfert werden und ihre Produktionsgrundlage Boden an Investorennetzwerke ausverkauft wird oder ob endlich die agrarpolitischen Weichen für ein kooperatives Wirtschaftssystem gestellt werden, das weder auf Kosten von Menschen noch der Natur lebt. ...“

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Thomas Würdich, SPD:

„Wir haben bereits heute für alle Anwendungen, bei denen CO₂ ausgestoßen wird, auch CO₂-freie Alternativen.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Sehr geehrte Gäste!
[...],

Um es vorwegzunehmen: Vollumfänglich zufrieden mit dem Klimapaket sind wir als SPD-Fraktion auch nicht, aber wir stellen fest, dass das Klimapaket auch in MV deutlich besser ist, als Sie es heute dargestellt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Nach der Verabschiedung des Klimapaketes war einer der Hauptkritikpunkte der Kollegen der AfD die Einführung des CO₂-Preises, wir haben es auch heute gehört. Ihr Argument ist es, dass ein CO₂-Preis nur alles teurer macht, ohne dass eine einzige Tonne CO₂ eingespart würde. Das stimmt aber so nicht, denn Ihre Annahme geht ja davon aus, dass genau dann die Menschen jetzt nichts mehr tun, wenn das alles so bleibt, wie es heute ist. Eine solche Sichtweise ist aber naiv und verkennt komplett die Steuerungsentwicklung des Preises in einem freien Land.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das ganze EEG hat nicht ein Gramm CO₂ eingespart.)

Oder anders ausgedrückt: Die Kritik am CO₂-Preis belegt, dass die AfD bei der Wirtschaft und der Funktionsweise des Marktes hier und da vielleicht noch Nachholbedarf hat.

Wir haben bereits heute für alle Anwendungen, bei denen CO₂ ausgestoßen wird, auch CO₂-freie Alternativen. Das Problem ist, dass diese Alternativen noch hier und da deutlich teurer sind. Aber der CO₂-Preis fällt doch nur dort an, wo

auch tatsächlich CO₂ ausgestoßen wird. Produkte, bei denen CO₂ ausgestoßen wird, diese werden teurer, Produkte ohne CO₂-Ausstoß logischerweise nicht. Wenn ich also jetzt ein CO₂-haltiges Produkt verteuere, dann wird im direkten Vergleich das Produkt ohne CO₂-Ausstoß wirtschaftlich attraktiver.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Welches Produkt? Nennen Sie bitte mal
ein Produkt ohne CO₂-Ausstoß! Eins!)*

Von dem Produkt ohne CO₂-Ausstoß wird dann auch mehr nachgefragt,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nennen Sie bitte eins!)*

sodass der Preis dieses Produkts,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Bitte nur ein Produkt nennen!)*

das vorher oft ein Nischenprodukt war, ebenfalls sinkt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)*

Der Stromsektor ist zwar im Klimapaket explizit ausgenommen, aber nur, weil es mit dem Zertifikatehandel bereits die CO₂-Abgabe gibt. Wenn ich im Strompreissektor der Einfachheit halber für die Tonne 25 Euro annehme, dann verteuert sich der Strom im Durchschnitt um 1 Cent pro Kilowattstunde. Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass der Strom aus einem Braunkohlekraftwerk um 3 Cent pro Kilowattstunde teurer würde, Strom aus Wind, Solar, Biomasse oder Wasserwirtschaft aber überhaupt nicht.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Laut der aktuellen Berechnung des Bundesfinanzministeriums sinkt der Strompreis ab 2021 bereits um 2 Cent.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nein, nein, die Erhöhung sinkt!)*

Der Preis verschiebt sich also,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die Erhöhung sinkt, nicht der Preis! –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)*

die Attraktivität des Marktes in Richtung der CO₂-freien Alternativen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und an dieser Stelle erlaube ich mir den Hinweis, dass man auch einmal der SPD Danke sagen kann, dass es jedem Bürger und jeder Bürgerin bei uns im Land möglich ist,



*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das machen die dann bei der Wahl!)*

ihren Stromanbieter zu wählen, denn das haben wir ab 1998 eingeführt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
Vincent Kokert, CDU, und Torsten Renz, CDU)*

Und wenn dann noch [...] die im Klimapaket festgehaltene Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umkreis von Windkraftanlagen kommt, dann haben wir im Strombereich zumindest hier bei uns im Land die besten Voraussetzungen für das Gelingen der Energiewende. [...]

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Pendlerland, und gerade im ländlichen Raum haben unsere Pendler oftmals keine Alternative zum eigenen Pkw. Beim Kleinwagen mit Benzinmotor werden die Mehrbelastungen auf 100 Kilometer und dem Einstiegspreis beim CO₂ bei knapp 30 Cent liegen. Rechnen wir mal die 30 Cent aufs ganze Jahr mit 45 Kilometern einfache Strecke zum Arbeitsplatz, dann ergeben sich Mehrausgaben von rund 60 Euro pro Jahr. Fahre ich ein besonders umweltschädliches Auto, dann erhöht sich das schon mal auf 120 Euro. Und genau aus diesem Grund ist ja im Bereich der Mobilität auch besonders berücksichtigt worden, die Pend-

lerpauschale zu erhöhen: ab dem 21. Entfernungskilometer, also für längere Strecken, um 5 Cent pro Kilometer, ab 2024 3 Cent mehr, dann auf insgesamt 38 Cent. Und wir schaffen für Menschen mit geringem Einkommen, die von der Pendlerpauschale nicht profitieren können, eine Mobilitätsprämie.

An dieser Stelle möchte ich auch gern auf die Diskussion zum Azubi-Ticket hinweisen. Ich denke, hier geht die Diskussion in die richtige Richtung. [...]

Trotzdem müssen wir perspektivisch auch die Alternativen zum Pkw verbessern. Wir brauchen einen starken und gut aufgestellten ÖPNV. Ich stelle fest, dass da die Landkreise und die kreisfreien Städte als Träger des ÖPNV mit ganz unterschiedlichem Tempo unterwegs sind. ÖPNV,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wir
haben dafür eine Lösung angeboten sogar.)*

ÖPNV als eine echte Alternative zum Auto muss einfach eine dichte Taktung, gute Erreichbarkeit und Flexibilität ermöglichen. Dass Fernfahrten mit der Bahn und auch die BahnCard dank Klimapaket günstiger werden, das begrüßen wir, aber auch hier sehen wir noch Nachholbedarf, denn noch immer sind Flugreisen im direkten Vergleich meist billiger und deutlich schneller.

(Torsten Renz, CDU: Heißt das, Sie wollen Flugreisen deutlich teurer machen?)

Ein Bereich, in dem ich noch große Probleme sehe, ist der Bereich des Heizens. Wenn wir zum Beispiel beim Heizen ein Einfamilienhaus mit Erdgasheizung nehmen, circa 100 Quadratmeter, energetisch eher suboptimal aufgestellt, dann ist man schnell bei 20.000 Kilowattstunden Heizenergie pro Jahr, die man benötigt. Durch die Einführung des CO₂-Preises ergeben sich für ein solches Haus Mehrkosten von 120 Euro im Jahr. Steigt der CO₂-Preis dann perspektivisch auf die 60 Euro, dann sind es etwa 290. Das wären Kostensteigerungen – zugegebenermaßen – von knapp einem Viertel gegenüber heute. In so einem Haus aber sind dann energetische Sanierungen durch die Preissteigerung hoch attraktiv. Bestandteil des Klimapaketes ist daher auch die Ausweitung der Förderprogramme beziehungsweise der Tausch von alten Ölheizungen zur energetischen Sanierung. [...]

Hinzu kommt auch, dass es für die nächsten Jahre ein spezielles Steueranreizprogramm gibt. Über die Jahre also rechnet sich Sanierung. Selbst, wenn Sie das beschriebene Haus nur auf einen Verbrauch von 75 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr optimieren, wäre das in den meisten Fällen bald eine Einsparung von über 900 Euro im Jahr. Und was wir nicht vergessen dürfen, die ganzen Arbeiten werden in der Regel von Firmen ausgeführt, die aus der Region kommen, also auch hier Klimaschutz als Wirtschaftsfaktor.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eins möchte ich am Ende meines Redebeitrags gerne noch erwähnen. Das langfristige Einnahmeziel aus dem CO₂-Preis beträgt 0 Euro. Sie haben richtig gehört: 0 Euro, denn das Ziel mit dem CO₂-Preis, was damit verbunden ist, ist, dass wir perspektivisch die Emissionen in Deutschland aus fossilen Energien auf null drücken werden.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Und egal, wie hoch ein Preis ist, wenn man diesen dann mit null multipliziert, kommt null heraus. [...] – Herzlichen Dank.

Torsten Renz, CDU:

„Wir müssen die Bürger mitnehmen.“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die AfD fing in etwa so an: Alle Einnahmen sollen zurück an den Bürger fließen.

Ich persönlich komme jetzt eher mal zu der Auffassung, dann müssten wir das Perpetuum mobile erfinden, weil ich glaube, das ist nicht machbar. Aber Sie können das ja nachher gerne theoretisch hier noch mal von Ihrem Ansatz heraus begründen. Insofern schließe ich mich einfach,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Es gibt niemanden, der das in der AfD gesagt hat. Märchenstunde, Herr Renz, Märchenstunde!)

[...] den Ausführungen von Kollegen Eifler an, der gesagt hat, wir müssen uns ehrlich machen, und Klimaschutz wird es nicht zum Nulltarif geben. Aber wenn Sie das physikalisch eben besser herleiten können, dann sollten Sie das hier so tun.

Der Kollege Krüger hat Ihnen jetzt vorgeworfen, Sie haben hier keine Alternative aufgezeigt. Ich teile zumindest die Auffassung, dass Sie keine Programme, nichts vorgestellt haben in dem Sinne, aber, lieber Thomas Krüger, die AfD hat eine Alternative benannt. Sie haben uns nämlich darauf aufmerksam gemacht, wir möchten die Pressemitteilung eines Sprechers aus der Bundestagsfraktion lesen.

[...], wo Sie heute noch kein Programm haben. [...] Insofern kann ich Sie nur hier öffentlich noch mal auffordern: Machen Sie Sachpolitik und legen Sie konkrete Programme vor, mit denen wir uns dann auseinandersetzen können!

(Christoph Grimm, AfD: Frau Schwesig kam mit der Bundespolitik! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Aus meiner Sicht ist in dieser Debatte klargeworden beim Redner der SPD zum Schluss, aber auch bei dem, was wir mit Herrn Eifler ausgeführt haben, dass der Schlüssel zum Erfolg im Bereich Forschung und Entwicklung liegt.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN, darüber sollten Sie ernsthaft nachdenken, ob Sie sich nicht dann auch in diesem Bereich etwas bewegen wollen. [...]

Ich sage Ihnen, Kohlekraftwerke in Deutschland haben dazu beigetragen, über Jahrzehnte hinweg Versorgungssicherheit in diesem Lande zu gewährleisten, und das sollte man in dieser ideologisch aufgeheizten Debatte nicht infrage stellen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)*

[...] Und dann ist es doch unstrittig, dass der ausgehandelte Kompromiss, die Erhöhung des CO₂-Preises, eine höhere Belastung beim Bürger nach sich zieht und insbesondere, auch wenn ich wieder auf Mecklenburg-Vorpommern schaue [...] im Bereich Verkehr und Gebäudesanierung.

[...] Und wenn der Redner der SPD vorhin hier sagt, ja, die Pendlerpauschale wird zusätzlich erhöht, dann will ich noch mal deutlich an dieser Stelle sagen: Ab 2021 erfolgt eine Erhöhung um 5 Cent ab dem 21. Kilometer. Und der 21. Kilometer ist nicht der erste Kilometer, sondern der 21. Das heißt, Leute, die möglicherweise nicht ganz so viel verdienen und eine Strecke von 18 Kilometer fahren, die, das kann mir keiner erklären, inwieweit die hier dann besonders entlastet werden. [...]

Und wenn der Redner der SPD dann auch noch sagt, ab 2024 gibt es dann 3 Cent mehr Erhöhung der Pendlerpauschale, dann muss ich Ihnen sagen, sehr geehrter Herr Kollege, das ist eine Zeitversetzung um drei Jahre. Das heißt, wir machen eine höhere Belastung und die Entlastung kommt zeitversetzt drei Jahre später.

Und mir ist es immer wichtig, das ehrlich auf den Punkt zu bringen. Wenn man diesen Kompromiss dann mitträgt, dann ist das so im Abwägungsprozess, aber ich bin immer dabei, Fakten ehrlich zu benennen. Und zu diesen Fakten, sehr geehrter Herr Kollege, gehört unter anderem dann auch, dass diese 3 Cent nicht nur drei Jahre verspätet kommen, verzögert kommen, sondern es auch nur befristet ist bis 2026. Das hat hier noch keiner gesagt.

(Stephan J. Reuken, AfD: Doch, Herr Grimm!)

Das heißt, der steigende CO₂-Preis über die Jahre hinweg wird zeitversetzt befristet aufgefangen. Und deswegen ist das Land Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Interessenvertretern im weiteren Prozess auch verpflichtet, das im Blick zu haben und weiter am Verhandlungstisch dafür zu sorgen,

dass es eben perspektivisch nicht zum Nachteil ist, in einer Struktur in Mecklenburg-Vorpommern, ländlicher Raum, und nicht so hohe Löhne wie in Baden-Württemberg oder Bayern. [...]

Außerordentlich begrüße ich das, was im Vermittlungsausschuss zusätzlich hineinverhandelt wurde, nämlich die Mobilitätsprämie.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Problem ist im Moment, wenn Sie da jemanden fragen, was das genau bedeutet, wo Sie das nachlesen können, das ist noch eine schwierige Materie, die noch keiner im Detail ohne Weiteres erklären kann. [...]

Ich will noch mal in Richtung der AfD sagen, Ihre Argumentation wundert mich nicht. Wenn 90 Prozent [...] Ihrer Anhänger sagen, sie sind generell nicht bereit, etwas für den Klimaschutz zu tun, dann ist das Ausdruck Ihrer Handlungsweise.

*(Dr. Ralph Weber, AfD: Völlig falsch!
Diese Aussage ist grundfalsch!)*

Wir müssen die Bürger mitnehmen. Da in Mecklenburg-Vorpommern 63 Prozent laut Umfrage nicht bereit sind, mehr aus der eigenen Tasche für den Klimaschutz auszugeben, sind wir alle gefordert, [...] sachlich zu argumentieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)



Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter: www.landtag-mv.de.

Hartlich willkommen

Plattdeutsch am Ortseingang / Landtag für Zusatzschilder mit niederdeutschen Bezeichnungen

■ Abgeordnete, die ihre Rede up platt halten – das erlebt man bei Plenardebatten normalerweise nicht. Wer bei Tagesordnungspunkt 17 auf den Zuschauertribünen saß, konnte daher eine ganz besondere Erinnerung von seinem Landtagsbesuch mit nach Hause nehmen. Hartlich willkommen zur Debatte um Niegenbramborg, Griepswold und Wismer. Geht es nach dem Willen des Landtages, könnten an Ortseingängen neben den bisherigen Ortsnamen bald auch plattdeutsche Bezeichnungen wie diese stehen. Die Abgeordneten haben dem Vorstoß der SPD nach teilweise auf Plattdeutsch geführter Debatte mehrheitlich zugestimmt – und damit die Landesregierung beauftragt, gemeinsam mit kommunalen und niederdeutschen Verbänden zu prüfen, ob und wie sich diese Idee in die Tat umsetzen lässt.

Auf den ersten Blick möge der Antrag klein erscheinen, sagte **Philipp da Cunha** (SPD). Den rund acht Millionen Niederdeutsch sprechenden Menschen in Deutschland bringe er jedoch einiges an Wertschätzung entgegen. „Wir sollten nicht vergessen, dass die niederdeutsche Sprache nur durch eine kontinuierliche Pflege und Beachtung erhalten bleiben kann.“ Aus verwaltungsrechtlichen Gründen dürften die Bezeichnungen allerdings nicht mit auf die gelben Ortseingangsschilder gedruckt werden. Das sei nur Amtssprachen vorbehalten. „Das Niederdeutsche ist bei uns keine Amtssprache.“ Er warb daher um zusätzliche, landesweit einheitlich gestaltete Schilder. „Vielleicht steigern wir mit dieser Maßnahme sogar die Attraktivität zum Erlernen der Sprache.“

Infrastrukturminister **Christian Pegel** unterstützte die Idee, das Plattdeutsche mehr ins öffentliche Bewusstsein zu



Foto: Jens Büttner

Zukünftig soll es am Ortseingang auch Schilder mit niederdeutschen Ortsnamen geben.

rücken. „Wir gucken gerne, wie wir das verkehrsrechtlich umsetzen.“ Auch er verwies auf bundesweit gültige Vorgaben zur Beschriftung von Ortseingangsschildern. „Da, wo wir als Verkehrsministerium mit Ausnahmen helfen können, wollen wir das tun.“ Entscheidend werde letztlich aber sein, inwiefern die Gemeinden die Idee aufgreifen. Er machte deutlich, dass vom Bund keine Gelder dafür zu erwarten sein werden, auch dann nicht, wenn die Schilder an Bundesstraßen stehen. „Es wird also am Ende Lösungen geben müssen, die im Lande, in den Gemeinden abgebildet werden.“

„Dat Ansinnen von dissen Andrag is richtig“, meinte auch **Jörg Kröger** (AfD). Das Plattdeutsche sei ein wichtiger Bestandteil der Kultur und Geschichte des Landes. „Twei Generatschonen trüch wier Platt noch de Alldags- und Ümgangssprak, dat Hochdütsche wier de Utnahm.“ Nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich das nach und nach umgekehrt. Er betonte aber auch, dass es nicht bei jedem Ortsnamen Unterschiede zwischen hoch- und plattdeutscher Schreibweise gebe. „Bie de, wo sick nix ännert, möt'n an't Enn uppassen, dat se nich mit Gewalt versöken, iehren Namen in't Plattdütsche to trecken un taum Biespill dorbi gahn, ut Grabow Grabau to maken.“

Dietmar Eifler (CDU) sprach von einem außerordentlich wichtigen Anliegen. „Wir reden hier über ein Kulturgut.“ Der

Gebrauch der niederdeutschen Sprache sei in den vergangenen Jahren jedoch deutlich zurückgegangen. „Insofern ist mit diesem Antrag noch mal ein deutliches Achtungszeichen gesetzt.“ Auch wenn es sich hier erst einmal nur um einen Prüfauftrag handele: Er glaube nicht, dass sich die Gemeinden mit dem Aufstellen entsprechender Hinweisschilder schwertun werden. An vielen Ortseingängen wiesen Schilder doch auch schon auf Partnergemeinden hin. Im Sinne einer einheitlichen Gestaltung regte er an, das Landesmarketing mit ins Boot zu holen.

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) verglich den Antrag mit Katzenvideos: „Sie verändern zwar nichts. Aber sie sind so putzig, man muss einfach hingucken.“ Das Niederdeutsche stärker im Alltag sichtbar zu machen – diesen Wunsch habe ihre Fraktion auch. Mit einem Schild allein sei es da aber nicht getan. „Am Ende geht es doch um die tatsächliche Wirkung und nicht um einen drei sekündigen Augenblick.“ Hier seien vor allem schulische Angebote gefragt. Das Problem: „Die Zahl der Lehrkräfte für das Fach Niederdeutsch ist verschwindend gering.“ Vor diesem Hintergrund sei der Antrag nicht mehr als ein Sturm im Wasserglas, der die Kommunen am Ende auch bei den Kosten für die Schilder nicht allein lassen dürfe.

Für **Holger Arppe** (fraktionslos) stellte sich die Frage nach dem Sinn der Debatte. Es stehe den Gemeinden doch

auch jetzt schon frei, niederdeutsche Begrüßungsschilder aufzustellen. „Dieser Antrag ist ein Schaufensterantrag, mit dem Sie den Bürgern suggerieren wollen, jetzt, wo die Landtagswahlen immer näher rücken, Sie wären so etwas wie heimatverbundene Patrioten. Was Sie aber nicht sind.“ Andernfalls hätte der Landtag auch eine Gedenkminute zur „Wilhelm Gustloff“ auf die Tagesordnung gesetzt, die am 30. Januar 1945 mit mehr als 10.000 Passagieren versenkt wurde.

„De Andrach is ne gaude Idee“, meinte **Dr. Till Backhaus** (SPD). Er würde sich freuen, „wenn man op Platt an de einen oder anderen Stelle in dissem Land wedder een beten mehr hürt“. Denn: Diejenigen, die Platt sprechen können, seien in den vergangenen Jahren immer weniger geworden. Deshalb sei es richtig, etwas dagegen zu tun. Er mahnte aber auch: „Wi möten nich nur schnacken, wi möten mehr maken“. Denen, die den Antrag für „en beten dünn“ halten, entgegnete er: „Leiwer dünn as gor nix, oder?“ Bezogen auf schulische Angebote sagte er, dass es im Land 70 Schulen und mehr als 2000 Schülerinnen und Schüler gebe, die Plattdeutsch sprechen. „Is dat nich schön?“

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur finanziellen Beteiligung des Landes wurde mit den Stimmen von SPD und CDU mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsfraktionen wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten Christel Weißig angenommen. DIE LINKE und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe enthielten sich.

Antrag SPD/CDU
Drucksache 7/4616
Änderungsantrag DIE LINKE
Drucksache 7/4669

Info

Für viele Orte in MV gibt es auch plattdeutsche Bezeichnungen. Zum Beispiel: Dömitz – **Doems**, Greifswald – **Griepswold**, Neubrandenburg – **Niegenbramborg**, Parchim – **Parchen**, Strohkirchen – **Strohkark**, Wismar – **Wismer**.

Azubi-Ticket nimmt Fahrt auf

Koalition arbeitet an einem Konzept / DIE LINKE fordert Einführung zum Sommer

■ Länder wie Berlin, Sachsen und Hessen machen es vor. Macht MV es bald nach und führt auch ein Azubi-Ticket ein? Die Regierungspartner haben sich darauf verständigt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und zehn Millionen Euro aus dem Haushaltsüberschuss zur Verfügung zu stellen. Nach dieser Ankündigung hat die Diskussion um ein Azubi-Ticket auch im Landtag wieder Fahrt aufgenommen. DIE LINKE forderte, Auszubildende mit Beginn des neuen Ausbildungsjahres landesweit kostenfrei Bus und Bahn fahren zu lassen. SPD und CDU bremsten diesen Vorstoß: Jetzt gehe es erst einmal darum, auszuloten, welche Kosten entstehen und in welcher Höhe sich die Wirtschaft daran beteiligen werde.

„Was für eine Irrfahrt mit dem Azubi-Ticket“, monierte **Simone Oldenburg** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE). Immer wieder habe die Koalition an der Richtlinie für Fahrtkostenzuschüsse herumgedoktert und im Ergebnis 98,5 Prozent der Jugendlichen von der Förderung ausgeschlossen. „Seit zehn Jahren kommt die Koalition nicht vom Fleck.“ Umso begrüßenswerter sei, dass die CDU-Fraktion einsehe, jahrelang falsch gehandelt zu haben und sich nun – den langjährigen Forderungen der Linken folgend – für ein kostenfreies Azubi-Ticket ausspreche. „Ihr guter Vorsatz, sich endlich an die Seite der Jugendlichen zu stellen, verdient unsere Unterstützung.“ Daher der Antrag. „Wir möchten damit auch Ihrem Koalitionspartner, der ja noch ein bisschen wankelmütig ist, Rückenwind geben.“ Aus ihrer Sicht gebe es jetzt keine tausend Fragen mehr zu klären, sondern tausend Gründe, das Azubi-Ticket endlich einzuführen.



Für den Weg zur Berufsschule oder zum Ausbildungsbetrieb wird häufig der öffentliche Nahverkehr genutzt.
Foto: Cornelius Kettler

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hätten sich klar zu einem Azubi-Ticket bekannt, unterstrich Infrastrukturminister **Christian Pegel**. „Es geht nicht um das Ob, sondern um das Wie.“ Das Land habe bereits ein Gutachten über die zu erwartenden Kosten in Auftrag gegeben. Die endgültigen Ergebnisse stünden noch aus, weil nicht alle Verkehrsunternehmen ihre Angaben fristgerecht eingereicht hätten. Die Koalition habe aber bereits verabredet, zehn Millionen Euro aus dem Haushaltsüberschuss 2019 bereitzustellen. „Mit dieser Vorsorge im Rücken ist es jetzt möglich, seriös über eine Umsetzung nachzudenken.“ Voraussichtlich im März werde das Land mit Verbänden und Gewerkschaften über Möglichkeiten zur Ausgestaltung und Kostenbeteiligung sprechen. Er ließ keinen Zweifel daran, dass das Vorhaben viel Geld kosten werde. „Allen Beteiligten muss klar sein, dass man das in kommenden Haushaltsjahren dann Stück für Stück fortsetzen muss.“

Auszubildende kostengünstig zu befördern, stieß auch in der AfD auf Zuspruch. „Eine komplett kostenlose Variante sehen wir jedoch kritisch“, sagte **Stephan Reuken**. Sein Vorschlag: Ein dreistufiges Modell, das den Weg zum Betrieb oder zur Berufsschule vollständig übernehme, regionale und landesweite Fahrten hingegen nicht allein Land und Unternehmen auferlege. „Bei den Unternehmen setzen wir auch auf Freiwilligkeit.“ Wer die besten Bewerber für sich gewinnen möchte, müsse ihnen heutzutage auch etwas bieten. Mit Geld allein sei es aber nicht getan. „Der ÖPNV muss auch in puncto Qualität, vor allem bei der Fahrzeittaktung, überzeugen.“ Er plädierte dafür, im Ausschuss nach einer Lösung

zu suchen. „Ich würde mir wünschen, dass die Koalition nicht nur mit sich selbst streitet, sondern die Opposition mit einbezieht.“ Dem Lehrling sei es letztlich egal, wer das Ticket auf den Weg bringe. „Für den Weg zur Berufsschule oder zum Ausbildungsbetrieb spielt das nämlich keine Rolle.“

„Die wichtigste Botschaft ist doch: Das Azubi-Ticket kommt!“, meinte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). In „Ricola-Mentalität“ die Frage nach dem Erfinder zu stellen, halte er für unwichtig. „Für uns war es immer ein Herzensanliegen.“ Bislang habe es viele Finanzierungsvorbehalte gegeben. „Fakt ist aber, dass wir es dringend brauchen.“ Im bundesweiten Vergleich habe MV die längsten Berufsschulwege. „Das führt natürlich dazu, dass mehr Kosten für Azubis entstehen und Lehrplätze leer bleiben.“ Berufsschulen zu zentralisieren, sei einst politisch gewollt gewesen – Azubis nun mit den finanziellen Folgen allein zu lassen, aber alles andere als Werbung für die duale Ausbildung. Seine Fraktion bleibe daher bei ihrer Forderung, das Ticket so schnell wie möglich und für Azubis kostenfrei einzuführen. „Aber natürlich muss das mit den entsprechenden Partnern abgesprochen werden, das ist überhaupt keine Frage.“

Jochen Schulte (SPD) warf den Linken vor, „mit billigem Populismus“ auf einen bereits fahrenden Zug aufzuspringen. Ein Gutachten über kostenlose und kostenreduzierte Modelle sei in Arbeit. Auch mit den bereitgestellten zehn Millionen Euro bekunde das Land deutlich sein Interesse. Im weiteren Verlauf werde es darauf ankommen, wie stark sich die Wirtschaft an einem solchen Ticket beteilige. Je mehr Geld die Unternehmen geben, umso weiter reiche der Betrag, den das Land zur Verfügung stelle. „Das ist eine ganz einfache mathematische Rechnung.“ Fakt sei aber auch, dass die im Zukunftsbündnis vertretenen Kammern und Verbände keine verbindlichen Zahlungsvereinbarungen für Unternehmen treffen können. „Das ist eine der vielen Fragen, die jetzt geklärt werden müssen.“ Am Ende gehe es darum, ein Ticket anzubieten, das für Jugendliche so attraktiv ist, dass sie es auch nutzen wollen. Dieses Ziel mache einen intensiven Diskussionsprozess unerlässlich.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) argwöhnte, dass nun wieder eine Menge Zeit verstreichen werde. „Der Landtag muss für unsere Begriffe eine klare Botschaft senden: Das Azubi-Ticket gilt ab August zum Ausbildungsbeginn. Diese Zusicherung brauchen Azubis und ihre Eltern jetzt für die Berufsentscheidung. Dieses Signal braucht auch die Wirtschaft bei ihrem Werben um den Nachwuchs.“ Die Zentralisierung der Berufsschulen habe viele Ausbildungshemmnisse geschaffen. Auszubildende an den Kosten zu beteiligen, sei für ihre Fraktion mit Blick auf Ausbildungsvergütungen keine Option. Gerade in strukturschwachen Räumen komme das Azubi-Ticket einer Wirtschaftsförderung gleich. „Es darf nicht noch ein weiteres Jahr verplempert werden. Angesichts dreistelliger Millionenüberschüsse ist das auch nicht mehr zu erklären.“ Nächster Schritt sollte ein Mobilitätspass für Kinder und Jugendliche sein, langfristiges Ziel ein kostenfreier ÖPNV bleiben.

Der Antrag der LINKEN wurde bei Zustimmung der fraktionslosen Abgeordneten mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Die AfD hat sich enthalten.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4624

Azubi-Ticket

Hessen, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen – diese Bundesländer haben bereits ein Azubi-Ticket eingeführt. Manche Tickets sind per se landesweit gültig. Andere zunächst nur in einzelnen Verkehrsverbänden, können gegen Aufpreis aber landesweit genutzt werden. Die Preisspanne reicht von 365 bis 984 Euro pro Jahr. Ab Sommer 2020 wollen auch Hamburg und Bayern entsprechende Angebote einführen. In Baden-Württemberg und dem Saarland gibt es keine landesweite Regelung. Hier bieten aber einzelne Verkehrsverbände Auszubildenden spezielle Tarife an. Thüringen testet das Azubi-Ticket derzeit als Pilotprojekt. Hier kostet das Ticket eigentlich 179,44 Euro im Monat. Während der Testphase zahlen Auszubildende aber nur 50 Euro. Die Differenz trägt das Land.

Kein Landesgehörlosengeld in MV

AfD forderte 100 Euro pro Monat

■ **Jeden Monat 100 Euro – diesen Betrag stellte die AfD-Fraktion im Landtag zur Diskussion. Erhalten sollten das Geld gehörlose und schwerhörige Menschen in MV. Kommen sollte es vom Land. Ähnlich wie beim Landesblindengeld als Unterstützung für den Mehraufwand, den die Behinderung beispielsweise für technisches Hilfsmittel mit sich bringt. Ein Vorschlag, für den es im Plenum keine Mehrheit gab.**

„In sechs Bundesländern gibt es das bereits – in der Größenordnung zwischen 50 und 150 Euro. Wir haben den Mittelweg gewählt“, warb **Prof. Dr. Ralph Weber** um Zustimmung zu einem Landesgehörlosengeld. Davon profitieren würden dem AfD-Politiker zufolge mehr als 1000 Menschen. Angegebener Kostenpunkt fürs Land: 1,2 Millionen Euro im Jahr. „Wir hatten das in die Haushaltsberatungen eingebracht. Es ist dort abgelehnt worden.“ Bereits bestehende Möglichkeiten für individuelle Hilfen seien mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden. Die Anträge würden häufig über Monate geprüft und schlussendlich unterschiedlich beschieden. Dem Vorschlag seiner Fraktion zuzustimmen, sei ein kleines Zeichen von richtig verstandener Inklusion.

„Ich möchte die Idee des Gehörlosengeldes ausdrücklich nicht schlecht reden“, antwortete Sozialministerin **Stefanie Drese**. Die Landesregierung verfolge im Zusammenspiel mit bereits bestehenden Hilfsangeboten und Vergünstigungen jedoch eine andere Strategie als pauschale Zuschüsse. Sie verwies auf eine Reihe von Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die auch für gehörlose Menschen Verbesserungen beinhalten werden – zum Beispiel weniger Barrieren in neuen oder umgebauten Gebäuden der Landesver-



Viele Gehörlose verwenden die Gebärdensprache zum Austausch mit anderen.

waltung, Alarmsysteme nach dem Zwei-Signale-Prinzip oder Standards, die die Kommunikation zwischen gehörlosen Menschen und der Polizei, Feuerwehr und dem Rettungsdienst verbessern. „Ich glaube, mit dieser Vorgehensweise nehmen wir mehr Menschen mit.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) sprach von einem unglaubwürdigen Antrag. Für ihn passe es nicht zusammen, dass sich die AfD permanent gegen Inklusion wende, hier aber als Fürsprecher von Gehörlosen auftrete. „Entweder wissen Sie nicht, was sie tun, oder Sie heucheln.“ Er könne sich nicht erinnern, im Sozialausschuss oder in den Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag gesehen zu haben. Seine Fraktion werde das Ansinnen aber „nicht vom Tisch wedeln“. Er regte an, den Antrag im Sozial- und Finanzausschuss fachlich zu debattieren. Darüber hinaus sprach er sich für ein Landesteilhabegeld aus, das unabhängig von der Art der Behinderung jedem Betroffenen gezahlt werde und je nach Behinderungsgrad zwischen 400 bis 1000 Euro betrage.

„Die Lebenssituation hörgeschädigter Menschen geht uns alle etwas an. Der vorliegende Antrag ist daher eine willkommene Gelegenheit, das Thema zu debattieren“, meinte **Maika Friemann-Jennert** (CDU). Sie teile das Grundanliegen, Hürden zwischen der gehörlosen und hörenden Welt abzubauen. Mit einer monatlichen pauschalen Geldleistung allein sei es da nicht getan. Wie

die AfD wisse, sei der Haushalt für 2020 und 2021 bereits beschlossen – was die Chancen für den Antrag aus ihrer Sicht ebenfalls nicht erhöhe. Auch sie verwies auf bereits bestehende Unterstützungsangebote. Natürlich könne man immer über Erweiterungen nachdenken. „Für ein explizites Landesgeld sehe ich angesichts der bereits zu gewährenden Unterstützungsmöglichkeiten aber keine Möglichkeit.“

Immer wieder Anträge zu stellen, die allein aufs Geld abzielen, sei „phantasielos“, argumentierte **Jörg Heydorn** (SPD). „Geld hilft nicht immer weiter.“ Woher es kommen soll, darüber schweige sich die AfD wieder einmal aus. Und warum gerade 100 Euro? „Ich weiß nicht, wie Sie zu den Summen kommen, ob die bei Ihnen ausgeknobelt werden, oder gewürfelt.“ All das mache den Antrag sehr durchschaubar: „Sie wollen sich hier als Kümmerer profilieren.“ Dem Vorschlag der Linken, allen Menschen mit Behinderung einen pauschalen Nachteilsausgleich zu gewähren, erteilte er ebenfalls eine Absage. In der Abwägung, Nachteile auszugleichen oder Barrieren abzubauen, sei es richtig, sich – wie die Landesregierung – auf die Barrierefreiheit zu konzentrieren. „Das entspricht dem Inklusionsgedanken.“

„Geld hilft nicht immer weiter. Aber kein Geld hilft nie weiter“, entgegnete **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). Auf den beschlossenen Haushalt zu verweisen, „das ist doch alles nur Schaufensterge-

„Andernfalls könne der Landtag ja gleich für die nächsten zwei Jahre schließen. Den Linken empfahl er, noch einmal in den Haushaltsdokumenten nachzusehen. „Wir haben 141 Änderungsanträge zum Haushalt gestellt, die alle abgelehnt wurden, die allermeisten ohne jegliche inhaltliche Diskussion.“ Mit einer einfachen Zustimmung ließe sich sofort ein Stück Inklusion umsetzen. „Das ist ein Antrag, den man beschließen und damit sofort Hilfe verwirklichen kann.“ Seine Fraktion werde sich aber einer Überweisung des Themas in den Ausschuss nicht verschließen.

Eine weiterführende Beratung in den Ausschüssen wurde mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Über den Antrag selbst wurde auf Wunsch der AfD-Fraktion namentlich abgestimmt. An der Abstimmung beteiligten sich 65 Abgeordnete. 52 von ihnen stimmten gegen ein Landesgehörlosengeld, 13 dafür.

Antrag AfD, Drucksache 7/4619

Gewusst?

- Wie viele Menschen gehörlos oder hörgeschädigt sind, lässt sich nicht in verbindliche Zahlen fassen. Denn: Schwerhörigkeit, Gehörlosigkeit und Taubheit sind – wie jede andere Behinderung – nicht meldepflichtig, laut Deutschem Gehörlosenbund.
- Im vergangenen Jahr wurden laut Sozialministerium in MV 1469 Personen mit dem Merkzeichen „Gl“ für gehörlose Menschen registriert. Als gehörlos werden Menschen bezeichnet, die auf beiden Seiten taub sind. Hörbehinderte Menschen, die eine an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit haben und eine schwere Sprachstörung aufweisen, erhalten ebenfalls das Merkzeichen.
- Bisher haben sechs Bundesländer ein monatliches Gehörlosengeld eingeführt: Berlin (147,98 Euro), Brandenburg (106,60 Euro), Nordrhein-Westfalen (77 Euro), Sachsen (130 Euro), Sachsen-Anhalt (41 Euro) und Thüringen (100 Euro). Die Voraussetzungen, unter denen das Geld gezahlt wird, variieren von Bundesland zu Bundesland. (Quelle: Deutscher Gehörlosenbund e.V.)



Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, oft als Brexit bezeichnet, erfolgte am 31. Januar 2020.

Foto: Jens Büttner

Vom Brexit lernen

Großbritannien hat die EU verlassen / Landtag diskutiert über die Lehren daraus

Nun ist es amtlich: Großbritannien hat die Europäische Union verlassen. Es ist das erste Mal in der Geschichte der EU, dass ein Mitgliedsstaat diesen Schritt gegangen ist. Bis Ende 2020 werden die Briten noch übergangsweise im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion bleiben. Bis dahin soll ein neues Freihandelsabkommen ausgehandelt werden. DIE LINKE sprach von einer „tiefgreifenden Zäsur“ und stieß im Landtag eine Aussprache über Lehren aus dem Brexit an. Darin mahnte sie, die richtigen Schlüsse aus dem Austritt zu ziehen und die EU sozialer und bürgernäher zu gestalten.

Seine Fraktion stehe ohne Wenn und Aber zur Idee der europäischen Integration, unterstrich **Karsten Kolbe** (DIE LINKE). „Ich sage aber auch, dass es als Konsequenz aus dem Erlebten wesentlicher Veränderungen bedarf und wir die europäische Idee mit neuem Leben füllen müssen.“

Dazu gehöre für ihn zum Beispiel, das Europaparlament mit einem Gesetzgebungsrecht auszustatten und für die re-

gionale Ebene, ähnlich wie in Deutschland, eine zweite Kammer auf den Weg zu bringen. „Wäre das nicht etwas, worüber es sich nachzudenken lohnt?“ Wer das Misstrauen der Bürger gegenüber der EU überwinden und weitere Austritte verhindern wolle, müsse überdies auch den Sozialgedanken stärken. Was aus seiner Sicht dagegen nicht zu europäischer Integration beitrage: Aufrüstung. Weder ihm, noch seiner Fraktion noch vielen Bürgern werde es bei dem Gedanken an eine gemeinsame europäische Armee oder einen gemeinsamen europäischen Panzer „warm ums Herz“. „Als Linksfraktion lehnen wir eine Aufrüstung der EU konsequent ab.“

„Es ist völlig richtig, dass wir auch in MV Lehren aus dem Brexit ziehen müssen“, sagte Innen- und Europaminister **Lorenz Caffier**. „Das tun wir.“ Zum einen mit dem bereits beschlossenen Brexitübergangsgesetz. Zum anderen mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit. Den Menschen die Vorteile der EU zu vermitteln, sei das beste Rezept, um auch weiterhin eine stabile Mehrheit gegen einen Dexit zu haben. „Ich selbst bin regelmäßig an Schulen und bei Veranstaltungen, um über das Für und gegen das Wider der EU zu sprechen.“ Bei allen berechtigten Diskussionen: MV gehe es mit der EU wirtschaftlich viel besser als ohne sie. „Nach Abschluss der laufenden Förderperiode 2020 werden über zehn Milliarden Euro nach MV geflossen sein.“ Das müsse man den Menschen deutlich sagen. „Wir in MV sind keine Nettozah-

ler.“ Den Brexit als Aufhänger für Forderungen nach mehr Sozialleistungen zu nutzen, hielt er indes nicht für angebracht. Allein Deutschland investiere jährlich eine Billion Euro in sein Sozialsystem. „Was soll noch reingegeben werden?“

„Herr Kolbe hat uns einen tiefen Einblick in die Mottenkiste der Linken gewährt“, meinte **Christoph Grimm** (AfD). Auch wenn nach dem Austritt der Briten noch viele Fragen offen seien: In zwei Dingen lege er sich fest. Erstens: „Der Brexit wird ein Erfolg für die Briten.“ Großbritannien stehe es nun frei, auf einer völlig neuen Verhandlungsbasis Freihandelsabkommen mit der ganzen Welt abzuschließen. Fakt sei dabei: „Wir sind aufeinander angewiesen. Die Briten brauchen unseren Markt, wir brauchen die Briten als Markt.“ Zweitens: „Der Brexit wird sehr teuer für Deutschland.“ Statt 13,5 Milliarden Euro müsse Deutschland nun voraussichtlich 30 Milliarden Euro an die EU zahlen. Gelder, die dem Bund und damit indirekt auch den Bundesländern fehlen werden. „Das wird mit Sicherheit auch einen Einfluss auf unser Bundesland haben.“ Dass Länder ohne die EU schlechter klarkämen als mit, glaube er nicht. „Denken Sie an die Schweiz oder Norwegen. Diesen Ländern geht es nicht schlechter.“

Dirk Friedriszik (SPD) bezweifelte, dass sich die EU und Großbritannien bis Ende des Jahres auf ein Handelsabkommen einigen werden. Sich auf ein Austrittsabkommen festzulegen, sei bereits ein Kraftakt gewesen. „Die Gestaltung der künftigen Beziehungen ist wesentlich umfangreicher und komplexer“, die Ge-

Aussprache

Wenn das Landesparlament tagt, diskutieren oder beschließen die Abgeordneten nicht nur Gesetzentwürfe oder Anträge. Sie können landesrelevante Themen auch als Aussprache auf die Tagesordnung setzen. Das Grundanliegen ist gleich: Öffentlichkeit für einen Sachverhalt herzustellen. Anders als bei Gesetzesentwürfen oder Anträgen findet am Ende dazu aber keine Abstimmung bzw. Beschlussfassung statt.

fahr eines harten Brexits noch nicht ge-
bannt. Aber auch für diesen Fall würden
die Auswirkungen auf MV seiner Ansicht
nach „relativ überschaubar bleiben“:
Gemessen an den Ausfuhren rangiere
Großbritannien in MV auf Platz 7, bei
den Einfuhren auf Platz 13. An den sozi-
alen Fragen der EU müsse unabhängig
vom Austritt der Briten weitergearbeitet
werden. Dazu gehörten länderspezi-
fische Mindestlöhne, Mindeststandards
für Grundsicherungssysteme und einen
Rückversicherungsfonds für Sozialleis-
tungen. „So bedauerlich der Brexit auch
ist: Die Gestaltung eines solidarischen
und sozialen Europas dürfte in einer Eu-
ropäischen Union ohne Großbritannien
im Grundsatz einfacher werden.“

„Ich bin mir absolut sicher, dass die
Briten die Herausforderung des Brexits
meistern werden“, meinte **Holger Arppe**
(fraktionslos). „Die werden uns noch das
Fürchten lehren.“ Aus seiner Sicht habe
die EU nur dann eine Zukunft, wenn sie
sich wieder darauf besinne, „ein Europa
der Vaterländer“ zu sein, in dem so viel
wie nötig gemeinsam gemacht werde,
alles andere aber staatlicher Eigenregie
überlassen bleibe. „Ansonsten ha-
ben wir jetzt einen Präzedenzfall, dem,
wenn es schlecht läuft, weitere Länder
folgen werden.“

Jetzt schon Schlussfolgerungen aus
dem Brexit ziehen zu wollen – das hielt
Ann Christin von Allwörden (CDU) für
verfrüht. Der Austritt der Briten werde
sich unbestritten auch auf die Wirt-
schaft in Deutschland und MV auswir-
ken. Inwieweit bestehende Einigungen
fortgeführt werden können oder nicht,
werde sich jedoch erst zeigen, wenn
die EU und Großbritannien konkrete
Vereinbarungen verhandelt und be-
schlossen haben. Sie betonte, dass sich
Bund und Länder auf Grundlage einer
Entschließung im Bundesrat regelmäßig
über den Brexit austauschen. In diesem
Zusammenhang habe es bereits eine
Brexit-Folgen-Abschätzung gegeben.
„Auf Grundlage dieser Erkenntnisse
wird dann der Anpassungsbedarf für
Mecklenburg-Vorpommern ermittelt
und umgesetzt.“ Ihr Resümee aus der
Gesamtsituation: „Wir sind so weit ge-
wappnet wie es geht und den Rest wer-
den wir sehen.“



Foto: Jens Büttner

Immer mehr Behördengänge können digital erledigt werden.

Die digitale Behörde

Landtag fordert mehr Tempo
auf dem Weg zur papierlosen
Verwaltung

■ **Wohnsitz ummelden, Meldebe-
scheinigung einholen, Bauantrag stel-
len, Auto anmelden – stellen Sie sich
vor, Sie können all das mit wenigen
Klicks bequem vom Sofa aus erledigen.
Was in einigen Kommunen bis-
weilen schon gang und gäbe ist, soll
bis 2022 flächendeckend möglich
sein. So sieht es das Onlinezugangsgesetz
des Bundes vor. Vor diesem
Hintergrund hat der Landtag die Lan-
desregierung auf Initiative der CDU
einstimmig aufgefordert, die Entwick-
lung der papierlosen Verwaltung stärker
voranzutreiben. Davon profitieren
sollen am Ende Bürger und Verwal-
tung.**

Im bundesweiten Ländervergleich hin-
ke MV auf dem Weg der Digitalisierung
deutlich hinterher, erklärte **Franz-Robert
Liskow** (CDU). „Nur Sachsen-Anhalt und
Thüringen liegen knapp hinter uns.“ Bei
der Umsetzung des Onlinezugangsgesetz
habe MV die Verantwortung für den Bereich
„Bauen und Wohnen“ übernommen. Von
den 59 Leistungen, die in diesem Bereich
digitalisiert wer-

den sollen, sei bislang jedoch noch
keine einzige umgesetzt. „Berlin und
Hamburg sind an der Stelle schon deut-
lich vorangeschritten.“ Er erwarte, dass
nun auch das Energieministerium erste
Ergebnisse liefere. Er regte zudem an,
jedes Gesetz ähnlich wie in Dänemark
einem Digitalcheck zu unterziehen –
also daraufhin zu prüfen, ob Regeln klar
formuliert sind und Begriffe einheitlich
verwendet werden. „Bisher werden im-
mer noch viele Gesetze verabschiedet,
die für eine automatisierte Sachbearbei-
tung nicht geeignet sind.“

Sein Ministerium sei auf dem Weg, viele
Dinge Stück für Stück umzusteuern,
sagte Digitalisierungsminister **Christian
Pegel**. „Wir entwickeln hier mit ver-
schiedenen Kommunen gemeinsam die
digitalen Prozesse.“ In Schwerin, bei-
spielsweise, könnten Bauanträge von
der Anfrage über die Bearbeitung bis
zum Bescheid digital abgearbeitet wer-
den. „Der Landkreis Nordwestmecklen-
burg ist dabei, das Gleiche zu tun.“ Im
vergangenen Sommer habe das Land
zudem ein Serviceportal veröffentlicht,
über das die Bürger 450 Verwaltungsan-
gelegenheiten online erledigen können
– unabhängig davon, ob Gemeinden,
Kreise oder das Land zuständig seien.
„Der Anfang ist gemacht. Die Einladung
lautet jetzt an alle kommunalen Träger:
Machen Sie gerne mit!“ Er machte aber
auch deutlich, dass es Digitalisierung
nicht zum Nulltarif geben werde. „Das
kostet nicht unerheblich Geld.“ Sorgen
vor einem Arbeitsplatzabbau hielt er

angesichts der Fachkräftefrage für unbegründet.

Sandro Hersel (AfD) freute sich über die angestrebte Digitalisierung und betonte, dass solch eine Entwicklung Zeit brauche. „Wer schon einmal selbst einen Digitalisierungsprozess begleitet hat, weiß, wie anstrengend das sein kann.“ Bis 2022 hunderte Verwaltungsdienstleistungen zu digitalisieren, sei ambitioniert, aber machbar. „Allerdings tun sich viele Kommunen derzeit noch schwer.“ Häufig fehlten ihnen Geld und Personal dafür. Zu glauben, dass eine digitale Verwaltung dem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirke, hielt er für fahrlässig. „Das heißt ja nicht, dass es keine Arbeit mehr gibt.“ Der Arbeitsmarkt werde sich vielmehr wandeln und das Problem noch verschärfen. Um Fachkräfte auf die digitalen Herausforderungen vorzubereiten, sollten seiner Meinung nach naturwissenschaftlich-technische Schulfächer stärker in den Fokus gerückt und Berufsschulen besser ausgestattet werden.

Papierbasierte Dienstleistungen künftig digital zu verwalten – das sei nicht nur eine Frage der Technik, führte **Philipp da Cunha** (SPD) an. Auch die Mitarbeiter in den Verwaltungen seien hier gefragt. „Jeder Verwaltungsakt ist in der Regel ein über Jahre oder Jahrzehnte gewachsener Prozess, aus dem man sich erst einmal herausdenken muss.“ Manche Gesetze reichten noch bis in die Kaiserzeit zurück. „Verwaltungsvorgänge sind oftmals nicht auf eine digitale Verarbeitung ausgelegt, sondern bewegen sich im Denken einer gewachsenen Bürokratie. Das ist völlig legitim, aber auch ein Hemmschuh.“ Letztlich führe an der Digitalisierung aber kein Weg vorbei. Eine große Herausforderung sei, die

Verwaltung bei laufendem Betrieb umbauen zu müssen – und das möglichst ohne Umstellungsverluste oder längere Bearbeitungszeiten. „Wir können den Menschen schließlich nicht sagen, dass wir die Verwaltung für ein halbes Jahr dichtmachen.“

Ja, digitale Verwaltungsangebote stärken Bürgernähe, beschleunigen Verfahren, vereinfachen Prozesse und sparen Personalkosten, äußerte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE). „Das sind positive Effekte.“ Aber: „Die Umsetzung lässt aktuell zu wünschen übrig. Zahlreiche Projekte stocken oder wurden noch gar nicht begonnen.“ Auch, weil viele Grundlagen noch fehlten. „Der jüngste Bericht des Landesrechnungshofs hat hier eklatante Mängel festgestellt.“ Sie kritisierte, dass es entgegen der Koalitionsvereinbarung bislang keine Digitalisierungsstrategie gebe. „Man darf wohl sagen: Es gibt noch viel zu tun.“ Ihre Fraktion werde dem Antrag bei aller Kritik trotzdem zustimmen – in der Hoffnung, „dass die Landesregierung solche Anträge irgendwann nicht mehr braucht“.

Franz-Robert Liskow (CDU) begrüßte die große Einigkeit im Plenum. „Bei so viel Rückenwind geht es jetzt hoffentlich noch einen Tick schneller.“ Er appellierte aber auch an Verwaltungen, ein neues Bewusstsein für Abläufe zu entwickeln. „Die Abwehrhaltung, die man hat, wenn etwas Neues kommt, ist in den Verwaltungen sehr ausgeprägt.“ Letztlich seien aber auch die Bürger gefragt, die Angebote zu nutzen. Das geschehe noch viel zu selten. Im Umkehrschluss sehen Verwaltungen dann auch keine Veranlassung, aufs Tempo zu drücken. Da beiße sich die Katze in den Schwanz. Er betonte, dass die Digi-

Onlinezugangsgesetz

Das 2017 in Kraft getretene Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, kurz Onlinezugangsgesetz, verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsdienstleistungen nicht mehr nur auf Papier, sondern auch digital anzubieten. Insgesamt sollen fast 600 Serviceleistungen digitalisiert werden. Die Arbeit daran haben sich Bund und Länder aufgeteilt. MV hat im Oktober 2018 die Federführung für den Bereich „Bauen und Wohnen“ übernommen und muss dafür insgesamt 58 Verwaltungsleistungen digitalisieren. Dazu zählen zum Beispiel Baugenehmigung oder Ummeldungen nach einem Umzug. Die Verwaltungsportale aller Behörden in Bund, Ländern und Kommunen werden am Ende zu einem Portalverbund zusammengeschlossen. Für die Bürger bedeutet das: Sie können mit einem Nutzerkonto auf alle Dienstleistungen zugreifen, unabhängig davon welche Verwaltung dafür zuständig ist.

(Quellen: Bundesinnenministerium und Energieministerium MV)

talisierung nicht den persönlichen Kontakt im Amt ersetzen werde. „Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass nicht das eine anstelle des anderen kommt.“ Gerade älteren Bürgern müsse es weiterhin möglich sein, mit einem Sachbearbeiter reden zu können.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag CDU/SPD Drucksache 7/4621

Ehrenamtsstiftung



Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern

Kuratoriumsmitglieder benannt

Dem Kuratorium der „Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in MV“ gehören zukünftig folgende Mitglieder des Landtages an: Jochen Schulte (SPD), Torsten Renz (CDU), Thomas de Jesus Fernandes (AfD) und Jeannine Rösler (DIE LINKE).

Das Kuratorium hat die Aufgabe, die Organe der Stiftung in allen den Stiftungszweck betreffenden Fragen zu unterstützen und zu beraten. Die Ehrenamtsstiftung unterstützt und berät in fachlichen Belangen rund um das Thema Ehrenamt.

Weitere Meldungen

Kein doppelter Rundfunkbeitrag

Wer neben einer Haupt- auch eine Nebenwohnung hat, muss für den Zweitwohnsitz keinen Rundfunkbeitrag zahlen. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Sommer 2018 entschieden. Aus diesem Grund muss der Rundfunkstaatsvertrag geändert werden. Im Zuge der Anpassungen wird darin außerdem verankert, die dem Beitragsservice vorliegenden Daten zu beitragspflichtigen Wohnungen alle vier Jahre mit dem Einwohnermeldeamt abzugleichen. Bevor der 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft treten kann, müssen die Länderparlamente ihm zustimmen. Der Gesetzentwurf wurde nach erster Lesung mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE zur weiteren Beratung in den Innenausschuss überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4613*

Die Landarztquote ist da

Wer kein Einser-Abitur hat, muss seinen Traum, Arzt zu werden, nicht automatisch aufgeben – sofern er sich vorstellen kann, nach dem Studium in MV als Hausarzt auf dem Land zu arbeiten. Die Abgeordneten haben dem Landarztgesetz mehrheitlich zugestimmt. Es sieht vor, ab dem Wintersemester 2021 jährlich 32 der rund 400 Studienplätze im Land für Bewerber zu reservieren, die sich verpflichten, nach ihrem Studium für mindestens zehn Jahre in unterversorgten Regionen zu arbeiten. Ziel ist es, die hausärztliche Versorgung auf dem Land sicherzustellen. Laut Gesetzentwurf werden in den kommenden 15 Jahren rund 420 der 1200 Hausärzte in MV in Ruhestand gehen. Dadurch zeichnet sich in 15 von 27 Planungsbezirken eine Unterversorgung ab. Mit der Landarztquote wird bei der Studienplatzvergabe nicht die Abiturnote in den Fokus gestellt. Ausschlaggebend ist ein Eignungstest. Wer nach dem Studium seiner Landarzt-Verpflichtung nicht



In ländlichen Regionen droht ein Ärztemangel.

Foto: Jens Büttner

nachkommt, muss mit einer Strafzahlung von 250.000 Euro rechnen. DIE LINKE forderte, die Quote auch auf andere Facharztbereiche und Pharmazeuten auszuweiten sowie mehr Studienplätze zu schaffen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten Holger Arppe bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten Christel Weißig angenommen. Die Änderungsanträge der Linken wurden abgelehnt.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4300*

*Beschlussempfehlung Wirtschaftsausschuss
Drucksache 7/4645*

*Änderungsanträge DIE LINKE
Drucksachen 7/4666 und 7/4667*

Versorgungsamt bleibt in Kiel

Die Versorgungsausgleichskasse Schleswig-Holstein (VAK) wird auch weiterhin die Ruhegehälter, Witwen- oder Waisengelder für Beamte in MV verwalten. Die AfD-Fraktion strebte an, die Zusammenarbeit zu beenden. Sie fand dafür aber keine Mehrheit.

Hintergrund: Der Kommunale Versorgungsverband MV ist für die Versorgung der kommunalen Bediensteten und deren Hinterbliebenen zuständig. Bei seiner Gründung 1992 wurde ein Teil der Aufgaben auf die Versorgungsausgleichskasse Schleswig-Holstein übertragen. Die ursprünglich auf fünf Jahre angelegte Zusammenarbeit dauert bis heute fort. Im Frühjahr 2018 wurde bekannt, dass Mitarbeiter der VAK rund fünf Millionen Euro veruntreut haben sollen. Die Ermittlungen zu dem Fall laufen laut AfD noch immer. Sie forderte, künftig alle Aufgaben in MV zu bündeln. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten es ab, aus einem Einzelfall ein generelles Pro-

blem zu konstruieren und das gesamte Konstrukt in Frage zu stellen.

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/4627

Verfassungsschutz bleibt

Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe hat sich dafür ausgesprochen, den Verfassungsschutz abzuschaffen. Er bezeichnete die Behörde als „willfährigen Handlanger des herrschenden Parteienkartells“, der mit seinen jährlichen Verfassungsschutzberichten in die freie politische Willensbildung der Bürger eingreife. SPD und CDU sprachen von einem lächerlichen und realitätsfernen Antrag. Die Vorstellung, man käme ohne einen Verfassungsschutz aus, sei naiv, meinte die AfD. Für die Verfassungsschutzpraxis sollten stattdessen klarere Kriterien gelten. DIE LINKE warf Arppe vor, von einem Antrag der Linken im Bundestag abgekupfert zu haben. „Wir bleiben da lieber beim Original.“ SPD, CDU, DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig lehnten den Antrag ab. Innerhalb der AfD gab es eine Zustimmung, ansonsten Ablehnungen und Enthaltungen. Antrag Holger Arppe (fraktionslos)
Drucksache 7/4606

Zwei Konferenzen zum Ostseeraum

Faire Arbeitsbedingungen schaffen, Abfälle wie Mikroplastik reduzieren, die Integration von Flüchtlingen unterstützen, den Schiffsverkehr digitalisieren – das sind vier von 32 Eckpunkten, die die Mitglieder der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2019 in Oslo vereinbart haben. Das Treffen, zu dem mehr als 150 Delegierte aus Staaten und Regionen des gesamten Ostseeraums kamen, stand unter der Überschrift „Saubere Ozeane und die Zukunft des Arbeitslebens“. Der Landtag nahm die Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse einstimmig an.

Das 17. Parlamentsforum Südliche Ostsee rückte die Digitalisierung in den Fokus. Auf seiner Jahrestagung, die im Juni 2019 in Schwerin stattfand, wurde über Themen wie „Künstliche Intelligenz“, „Digitale Bildung“, „Datenschutz“ oder

„Herausforderungen der Digitalisierung“ diskutiert. Am Ende verabschiedeten die rund 80 Teilnehmer eine Resolution, die unter anderem vorsieht, die Entwicklung digitaler Dienstleistungen in der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen, eine flächendeckende digitale Infrastruktur sicherzustellen und an einem gemeinsamen Tourismus-Informationsportal zu arbeiten. Auch dieser Resolution hat der Landtag einstimmig zugestimmt.

Antrag SPD, CDU, AfD, DIE LINKE

Drucksache 7/4609

Antrag SPD, CDU, AfD, DIE LINKE

Drucksache 7/4610



Foto: Cornelius Kettler

Die Kampagne #WirHabenPlatz macht sich für die Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Jugendlicher stark.

Unterstützung für Freifunk

DIE LINKE hat sich dafür ausgesprochen, Freifunk-Initiativen in MV besser zu unterstützen. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement leisteten diese Gruppen einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der digitalen Infrastruktur. Die Oppositionsfraktion beantragte, das Thema Freifunk stärker publik zu machen, landeseigene Immobilien in Freifunkprojekte einzubeziehen und beim Bund darauf hinzuwirken, Freifunkinitiativen die Gemeinnützigkeit anzuerkennen. Digitalisierungsminister Christian Pegel räumte ein, dass die fehlende Gemeinnützigkeit Förderungen erschwere. Er zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass Freifunkern über die Ehrenamtsstiftung des Landes geholfen werden könne. Die SPD setzte darauf, mit allen Beteiligten weiter im Gespräch zu bleiben. Die AfD hielt es mit Blick auf flächendeckende Mobilfunkangebote für unangebracht, Freifunk zu einer Landesaufgabe hochzustilisieren. Die CDU schickte keinen Redner in die Debatte. Freifunker verbinden WLAN-Zugänge von Privatleuten oder Einrichtungen zu kostenlosen öffentlichen Netzwerken. In MV gibt es nach Angaben der Linken mehr als 700 solcher Hotspots. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten enthielten sich.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4627

Strategiefonds: Mehr Mitsprache

Welche Projekte werden mit Geld aus dem Strategiefonds gefördert? In dieser Frage soll der Landtag künftig mehr Mitsprache erhalten. Bislang entschied allein der nicht öffentlich tagende Finanzausschuss über Fördervorschläge oder Änderungen am Wirtschaftsplan des Fonds. Künftig soll der Landtag das letzte Wort darüber haben. SPD und CDU griffen damit einen Fingerzeig des Landesverfassungsgerichts auf. Die Richter hatten im September 2019 auf Klage der Linken zwar entschieden, dass der Strategiefonds an sich rechtmäßig sei. Gleichzeitig aber auch die Rolle des Plenums bei Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben hervorgehoben. Die Regierungsfaktionen betonten, diesen Hinweis ernst zu nehmen. Die Opposition begrüßte diesen Schritt, hielt aber an ihrer grundsätzlichen Kritik gegenüber dem Fonds fest. AfD und DIE LINKE blieben dabei, dass SPD und CDU Gelder nach Gutdünken verteilen – zum Teil auch für Aufgaben, die eigentlich zum Kernhaushalt gehören. Der Strategiefonds wurde mit dem Landeshaushalt 2018/2019 errichtet. Er speist sich aus Haushaltsüberschüssen und soll einzelne, herausragende Projekte im Land fördern. Der Gesetzentwurf wurde nach erster Lesung mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten Christel Weißbig zur weiteren Beratung in

den Finanzausschuss überwiesen. Die AfD nahm an der Abstimmung nicht teil, der fraktionslose Abgeordnete Holger Arpe enthielt sich.

Gesetzentwurf SPD/CDU

Drucksache 7/4615

Nein zu #WirHabenPlatz

MV wird sich nicht an der Initiative #WirHabenPlatz beteiligen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, dem Beispiel von Niedersachsen, Berlin und Thüringen zu folgen und auch in MV unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufzunehmen, stieß im Landtag auf breiten Widerstand. Die Situation in den Auffanglagern in Griechenland sei zwar besorgniserregend. Ein Alleingang einzelner Bundesländer werde das Problem nach Ansicht von SPD und CDU aber nicht lösen. Beide Fraktionen mahnten einmal mehr eine europäische Lösung an. Die AfD befürchtet, dass die Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger zu unkontrollierten Einwanderungen führe. Sie sieht zunächst die Länder in der Verantwortung, aus denen die Menschen flüchten. Die bundesweite Kampagne #WirHabenPlatz macht sich dafür stark, mindestens 1000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Auffanglagern in Deutschland aufzunehmen. Nach dem Königsteiner Schlüssel wären das für MV 20 Minderjährige, sagte DIE LINKE.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4628

Laufende Gesetzgebung

Stand: 04.02.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/3694	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/4017	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligtentransparenzdokumentation beim Landtag (Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BeteilidokG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4301	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 13.11.2019 in Beratung
7/4444	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Regulierungskammer Mecklenburg-Vorpommern (RegKG M-V) und zur Änderung der Energiewirtschaftszuständigkeitslandesverordnung	Energieausschuss	1. Lesung: 11.12.2019 in Beratung
7/4445	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 in Mecklenburg-Vorpommern (Zensusausführungsgesetz 2021 - ZensAG 2021 M-V)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 11.12.2019 in Beratung
7/4443	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 12.12.2019 in Beratung
7/4607	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz	Energieausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4613	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4614	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4615	SPD, CDU	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2020 in Beratung
7/4618	AfD	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 29.01.2020 Ablehnung der Überweisung

Foto: Uwe Sinnacker

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 29. Januar 2020 entschieden

Stand: 04.02.2020

Dr.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/4300	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen mit besonderem öffentlichen Bedarf des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landarztgesetz Mecklenburg-Vorpommern - LAG M-V)	LReg.	1. Lesung: 13.11.2019 2. Lesung: 29.01.2020	Annahme
7/4204	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, der Freistellung ehrenamtlicher Mitarbeiter und der Fortbildung hauptberuflicher Fachkräfte und Mitarbeiter (Kinder- und Jugendförderungsgesetz - KJfG M-V)	DIE LINKE	1. Lesung: 17.10.2019 2. Lesung: 29.01.2020	Ablehnung der Überweisung Ablehnung
7/4206	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Landesausführungsgesetz SGB II - AG-SGB II)	AfD	1. Lesung: 17.10.2019 2. Lesung: 29.01.2020	Ablehnung der Überweisung Ablehnung
7/4207	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Versorgungsverbandsgesetzes	AfD	1. Lesung: 17.10.2019 2. Lesung: 29.01.2020	Ablehnung der Überweisung Ablehnung
7/4208	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren durch Kohlenstoffmonoxid in Shisha-Einrichtungen	AfD	1. Lesung: 17.10.2019 2. Lesung: 29.01.2020	Ablehnung der Überweisung Ablehnung
7/4209	Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer Zuwendung für die nicht erwerbsmäßige Pflege eines Angehörigen zur Förderung der Pflegebereitschaft (Landespflegefördergeldgesetz)	AfD	1. Lesung: 17.10.2019 2. Lesung: 29.01.2020	Ablehnung der Überweisung Ablehnung
7/4292	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Strategiefonds-Errichtungsgesetz - StratGM-V)	AfD	1. Lesung: 13.11.2019 2. Lesung: 29.01.2020	Ablehnung der Überweisung Ablehnung

Foto: Uwe Sinnecker

Daniel Peters in den Landtag nachgerückt

Foto: Landtag MV



Der Rostocker Daniel Peters ist seit 3. März Mitglied des Landtages MV. Er rückte für Vincent Kokert nach, der zum Ablauf des 2. März den Verzicht auf sein Landtagsmandat erklärt hatte. Die Landeswahlleiterin hat Daniel Peters als Listennachfolger der Landesliste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bestimmt und Landtagspräsidentin Birgit Hesse darüber unterrichtet.

Der 38-jährige Daniel Peters gehört erstmals dem Parlament an.

Abschied

Foto: privat



Am 23. Dezember 2019 ist der Grafiker, Heraldiker und Kalligraf Heinz Kippnick verstorben. Fast 30 Jahre lang bereitete Heinz Kippnick aus Schwerin die Einträge für das Gästebuch des Landtages vor. Könige, Kanzlerinnen, Botschafter und Diplomaten haben sich schon mit ihrem Namenszug darin verewigt. Die prominenten Gäste schrieben meist nur kurz ihren Namen unter den vorgefertigten Text von Heinz Kippnick. Er wurde 91 Jahre alt.



Foto: Landtag MV

Prof. Dr. Heinrich Lang, Vorsitzender der Expertenkommission "Bestattungskultur in MV" übergibt den Bericht zur Bestattungskultur an Landtagspräsidentin Birgit Hesse.

Bericht zur Bestattungskultur

Abschlussbericht an Landtag übergeben

Am 30. Januar 2020 hat Prof. Dr. Heinrich Lang als Vorsitzender der Expertenkommission "Bestattungskultur in Mecklenburg-Vorpommern" den Bericht mit Sondervoten an Landtagspräsidentin Birgit Hesse übergeben. Der Landtag hatte in seiner 34. Sitzung am 25. April 2018 die Kommission eingesetzt, um mögliche Änderungen in den gesetzlichen Vorschriften über Bestattungen und zur ärztlichen Leichenschau zu prüfen. In der Zeit von November 2018 bis Dezember 2019 hat die Kommission in elf Sitzungen öffentlich über Wertvorstellungen und praktische Anforderungen diskutiert. Die daran beteiligten 20 Kommissionsmitglieder wurden von unterschiedlichen Verbänden und Institutionen benannt, darunter neben den Landtagsfraktionen auch Fachverbände etwa der Bestatter, die kommunalen Landesverbände und die großen Religionsgemeinschaften. Die Kommission hat sich auf eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Empfehlungen verständigt. Dazu gehört der Vorschlag, die gesetzliche Normierung der "Ehrfurcht vor den Toten" ausdrücklich auf die Totenasche auszudehnen. Außerdem werden Verbesserungen zur Qualität der ärztlichen Leichenschau angemahnt, insoweit werden Forde-

rungen der Ärztekammer MV unterstützt. Ergänzend wird ein Auskunftstelefon der Institute für Rechtsmedizin angeregt. Die Kosten der Leichenschau sollen zukünftig uneingeschränkt durch die Krankenkassen übernommen werden. Für den Leichentransport sollen verbindliche Qualitätsmaßstäbe normiert werden.

Als Änderung im Bestattungsrecht soll zukünftig eine gesetzliche Pflicht vorgesehen werden, Eltern auf das Bestattungsrecht bei Abtreibungen hinzuweisen. Auch bei durch Behörden veranlassten Bestattungen soll in jedem Fall eine namentliche Kennzeichnung erfolgen. Schließlich hat sich die Kommission für Maßnahmen zur Qualitätssteigerung im Bestattungsgewerbe ausgesprochen. Erdbestattungen sollen zukünftig bereits innerhalb von 24 Stunden möglich sein, um religiösen Vorschriften von Muslimen und Juden Rechnung zu tragen. Gleichzeitig soll erstmals für die Beisetzung von Urnen eine gesetzliche Frist vorgesehen werden. Der Betrieb von Krematorien soll auch für Private ermöglicht werden, während dies bisher in MV nur den Kommunen möglich war. Den Betrieb privater Friedhöfe lehnt die Kommission hingegen ab.

Ausdrücklich abgelehnt hat die Kommission auch Vorschläge, eine Teilung der Totenasche etwa für Erinnerungsdiamanten zuzulassen. Auch bei der Friedhofspflicht für Urnen sieht die Kommission mehrheitlich keinen Änderungsbedarf. Allerdings soll es nach Vorstellung der Kommission erlaubt werden, die Urne zeitweise mit nach Haus zu nehmen, um die Trauerarbeit zu erleichtern. Umbettungen sollen ebenfalls erleichtert werden.

Die Kommission hält des Weiteren landesgesetzliche Regelungen für erforderlich, um schlimmste Formen der Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung auszuschließen.

Schließlich hat sich die Kommission auch für eine Wiedereinführung des Sterbegeldes ausgesprochen.

Der Bericht wird als Landtagsdrucksache veröffentlicht und steht damit allen Landtagsabgeordneten und der breiten Öffentlichkeit für ihre weitere Befassung mit dem Thema zur Verfügung. Auf dieser Grundlage könnte der Landtag die Gesetzesänderungen beschließen, die zur Umsetzung der Vorschläge der Kommission erforderlich sind.



Fotos: IHK zu Schwerin

Vertreter des Wirtschaftsausschusses zu Besuch bei der IHK zu Schwerin.

Informations- besuch

Wirtschaftsausschuss
bei der IHK zu Schwerin

■ Der Wirtschaftsausschuss hat auf Einladung der IHK zu Schwerin am 23. Januar eine gemeinsame Sitzung mit der Geschäftsleitung der IHK im Ludwig-Bölkow-Haus durchgeführt, um sich intensiv zu wirtschaftspolitischen Themen auszutauschen.

Zum einen stand das Thema "Fachkräftesicherung" im Fokus der Beratungen, das als das zentrale Thema der Unternehmen im Land gilt. Die duale Berufsausbildung, die weltweit eine hohe Anerkennung genießt, wird nach wie vor als ein wichtiges Standbein der Sicherung von Fachkräften angesehen. Die IHK zu Schwerin hat ihr Forderungspapier von November 2019 vorgestellt, zu dem unter anderem ein klares Bekenntnis für die duale Berufsausbildung gehört, sowie eine wirksame Berufsorientierung an allen Schulformen, die Sicherstellung des Berufsschulunterrichts und aller Berufsschulstandorte und die Gleichstellung von Meister und Bachelor. Vonseiten des Ausschusses ist betont worden, dass die duale Berufsausbildung das Rückgrat der Wirtschaft sei. Einig waren sich alle, dass MV nicht nur ein Urlaubsland sei, sondern auch



ein Land zum Leben und Arbeiten ist, was noch stärker vorangetrieben werden müsse. Auch die von der IHK zu Schwerin angestoßene Industrie-Imagekampagne verfolgt dieses Ziel.

Weitere Themenschwerpunkte bildeten die "Metropolregion Hamburg", der nach der OECD-Studie eine weltmarktführende Rolle auf dem Gebiet der Wasserstoffwirtschaft zuerkannt wird, die "Unternehmensnachfolge", das "Landestourismuskonzept" und die "Infrastruktur" (Breitbandausbau, Weiterbau der A 20 und der A 14, Vertiefung der Fahrrinne im Wismarer Hafen und Gleisbogen bei Bad Kleinen). Zudem wurde die Import- und Exportwirtschaft des Landes thematisiert.

Weitere Vernehmungen

Der PUA „Wohlfahrtsverbände“ führt Anhörungen zu AWO Müritz durch

■ Am 24. Februar war die Revision beim AWO-Landesverband wieder ein Thema im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Wohlfahrtsverbände“. Allerdings konnte die ehemalige Revisorin Juliane Freimann (2012 bis 2016) wenig zur Klärung beitragen, da sie in ihrer Amtszeit an keiner Prüfung teilnahm und auch nicht zu Prüfungen

durch andere Revisoren aussagen konnte. Der Vernehmungstag war daher geprägt von Ausführungen zur AWO Müritz. Die frühere Prokuristin und kurzzeitige Geschäftsführerin Simone Ehler berichtete über ihre Eindrücke von der Geschäftsführung durch Dr. Peter Olijnyk. Außerdem schilderte die frühere Beisitzerin im Kreisvorstand, Heike Daut, welchen Informationsstand das "einfache" Vorstandsmitglied damals hatte. Der frühere Revisor des Kreisverbandes, Reinhold Tertel, erläuterte, dass er jährlich den Kreisverband selbst prüfte, nicht aber die vom Kreisverband eingereichten Gesellschaften.

Zur vorläufig letzten Vernehmung im Themenkomplex "Arbeiterwohlfahrt Müritz" war am 2. März 2020 der frühere Kreisvorsitzende und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Götz-Peter Lohmann eingeladen. Nach dieser Sitzung folgen am 16. und 23. März 2020 jeweils Vernehmungen von Verantwortlichen aus den Landesbehörden. Die Zeugenvernehmungen sind grundsätzlich öffentlich. Sie finden im Plenarsaal des Schweriner Schlosses statt. Besucher erhalten Zutritt zur Besuchertribüne gegen Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises.

Gemeinsame Sitzung zu Einzelhandel

Der Energieausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben am 26. Februar eine gemeinsame Sitzung zum Thema "Bedeutung der Digitalisierung für die Einzelhandels- und Versorgungsstruktur in MV" durchgeführt.

Die demografischen Entwicklungen, strukturellen und konzeptionellen Veränderungen im Handel sowie die zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft führen zu einem Wandel im Einzelhandel. Die Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten und die Einzelhandelslandschaft verändern sich. Die Waren werden zunehmend online gekauft. Im Einzelnen wurden

die Abgeordneten darüber informiert, dass die Umsatzzahlen des deutschen Einzelhandels zwar insgesamt um 2 % gestiegen seien, der Onlinehandel mit einem Plus von 12,4 % seit 2010 jedoch überproportional profitiert habe. Insofern sei es nicht verwunderlich, dass der stationäre Einzelhandel Umsatzrückgänge von bis zu 30 % für das Jahr 2020 erwarte. Hingegen rechnen 67 % der Unternehmen im sogenannten Multichannelhandel mit einer Umsatzsteigerung.

Ziel ist es, den Einzelhandel als Bestandteil lebendiger und zukunftsfähiger Innenstädte und Ortszentren zu sichern, denn er habe nach wie vor eine Leitfunktion für die Innenstädte. Gehe dieser zurück, würden Gemeinden unattraktiver. Denn Kunden wollten das Einkaufen verstärkt mit anderen Freizeitaktivitäten verbinden.

Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung gemeinsam mit dem Handelsverband Nord, den Industrie- und Handelskammern zu Rostock und zu Schwerin sowie dem Ostdeutschen Sparkassenverband eine Studie in Auftrag gegeben, die die Onlineaffinität der Konsumenten in MV sowie die Onlineumsätze untersucht und daraus Lösungsansätze für Einzelhandelsbetriebe, Kommunen, das Land MV und die Träger öffentlicher Belange ableitet. Eine solche Regionalstudie ist in Deutschland

bislang einmalig. Deutlich geworden ist, dass vor allem die jüngeren Bevölkerungsgruppen im Land verstärkt online einkaufen, während die Onlineaffinität der Bevölkerung insgesamt geringer ist als im Bundesvergleich. Zudem haben die Einzelhandelsbetriebe, die die Innenstädte beleben und die Nahversorgung sichern, langfristig eine wirtschaftliche Perspektive, wenn sie eine höhere Attraktivität und Servicequalität als der Onlinehandel aufweisen. Daher müssen Händler und Kommunen ebenfalls online aktiv sein, um Kunden zu halten und vom Wachstum im Onlinehandel zu profitieren. Die Hauptgründe für die Onlinenutzung seien die Bequemlichkeit beim Einkaufen (Bestellung, Lieferung, Retoure) sowie die große Marken- und Produktauswahl, günstigere Preise und der Umstand, dass bestimmte Produkte in den Geschäften nicht verfügbar seien bzw. angeboten würden.

Vorstellung der Kandidaten

Der besondere Ausschuss gemäß Art. 52 Abs. 3 Landesverfassung hat die Kandidaten zur Nachbesetzung der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts, deren Amtszeit im Januar 2020 endete, zu einer Vorstellung im Ausschuss im Rahmen einer nicht öffentlichen Anhörung eingeladen. Der Ausschuss wollte sich ein persönliches Bild von den auf Eignung und Wählbarkeit zu überprüfenden Kandidaten machen.

Der Einladung zur 8. Sitzung am 26. Februar sind Frau Köster-Flachsmeyer, Herr Dr. Kerath und Herr Hanenkamp gefolgt. Frau Köster-Flachsmeyer ist Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts, Herr Dr. Kerath ist Richter am Finanzgericht und Herr Hanenkamp ist Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht. Zudem hat sich am 4. März die Rechtsanwältin Frau Lorenz als weitere Kandidatin dem besonderen Ausschuss vorgestellt. Der Ausschuss beabsichtigt, den Wahlvorschlag zeitlich so zu erarbeiten, dass in der Landtagsitzung im Mai gewählt werden kann.

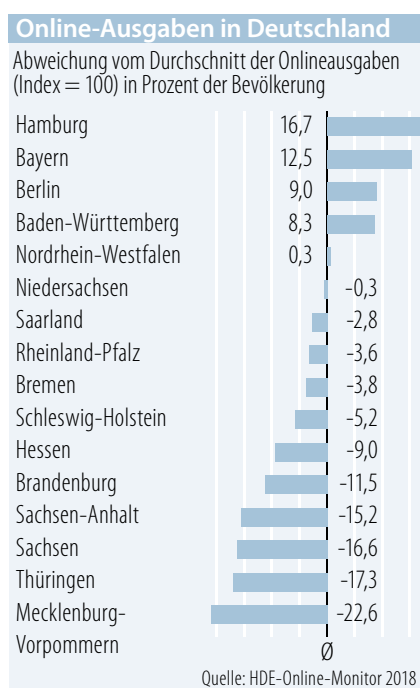




Foto: Uwe Sinnecker

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Landtagspräsidentin Birgit Hesse: Die Demokratie ist zerbrechlich!

■ Der Landtag MV hat am 28. Januar mit einer Gedenkstunde sowie einer Schweigeminute der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Ehrengast und Gedenkreder der Veranstaltung war Yochanan Ron Singer (Jahrgang 1940), Überlebender der Shoah und Präsident des Weltverbandes der Bukowiner Juden. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Erinnerung wach zu halten und regelmäßig in Schulen mit Jugendlichen über seine Geschichte zu sprechen. Birgit Hesse hob in ihrer Rede die Zerbrechlichkeit einer demokratisch verfassten Gesellschaft hervor. Unter den Gästen befanden sich auch rund 100 Schülerinnen und Schüler aus Rövershagen (Landkreis Rostock) und Schwerin.

Es folgen Auszüge der Rede von Landtagspräsidentin Birgit Hesse und der Gedenkrede von Yochanan Ron Singer.

Birgit Hesse Landtagspräsidentin

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich zitiere: „Die Erinnerung ist wie das Wasser: Sie ist lebensnotwendig und sie sucht sich ihre eigenen Wege in neue Räume und zu anderen Menschen.“

Sie ist immer konkret: Sie hat Gesichter vor Augen, und Orte, Gerüche und Geräusche. Sie hat kein Verfallsdatum und sie ist nicht per Beschluss für bearbeitet oder für beendet zu erklären.“

Mit diesen berührenden Worten Noach Flugs, einem Auschwitz-Überlebenden und ehemaligen Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees möchte ich Sie begrüßen.

Ich danke Ihnen dafür – von tiefsten Herzen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern. Und leider ist das keine Selbstverständlichkeit.

Gestern vor 75 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee befreit. An zahlreichen Orten wird deshalb dieser Tage an die Millionen Menschen erinnert, die unter der NS-Diktatur verfolgt, gequält und ermordet wurden. Viele Zeitzeugen haben in den zurück-



Fotos: Uwe Sinnecker

Knapp 100 Schülerinnen und Schüler sind der Einladung des Landtag MV gefolgt und nahmen an der Gedenkveranstaltung teil.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse gedachte der Opfer der Shoah.

liegenden Jahren den Weg in unseren Landtag gefunden und sind unserer Einladung gefolgt – als Überlebende und vor allem Opfer der zahlreichen Konzentrationslager und Ghettos der nationalsozialistischen Diktatur. Diese Menschen halten die Erinnerung wach und lassen uns an ihrem Schicksal in bewegenden Worten teilhaben.

Auch heute – und ich werde nicht müde das nochmals zu betonen – möchte ich einen Ehrengast besonders willkommen heißen: Yochanan Ron Singer. Ich freue mich, dass sie hier sind. Yochanan Ron Singer ist Präsident des Weltverbandes der Juden der Bukowina und wird heute als Zeitzeuge über seine Erlebnisse, Gedanken und Erinnerungen sprechen. Ich

danke Ihnen, lieber Herr Singer, sehr, dass Sie sich aus Ihrer Heimat Israel auf den Weg nach Schwerin gemacht haben, um ihre Geschichte mit uns zu teilen. Vielen herzlichen Dank noch einmal dafür.

Mit dem zeitlichen Abstand zu den Gräueltaten der Nationalsozialisten wächst auch die Unkenntnis über das, was damals geschehen ist. Die Zahl derjenigen, die uns als Zeugen berichten können, nimmt ab.

Gerade vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr, dass auch an der heutigen Gedenkveranstaltung 100 Schülerinnen und Schüler anwesend sind. Besonders begrüßen und danken möchte ich Frau Petra Klawitter, die sich als Lehrerin an der Europaschule Rövershagen seit Jah-

ren für die Erinnerung an den Holocaust einsetzt und Projekte für die Schülerinnen und Schüler organisiert.

Wir gedenken heute anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz aller Opfer, die in die Tötungsmaschinerie des Nationalsozialismus in Deutschland sowie den von Deutschen besetzten Gebieten gerieten. Wir erinnern an diejenigen, die gepeinigt, inhaftiert und ermordet wurden, weil sie Widerstand leisteten oder die falsche Religion, Hautfarbe, Herkunft oder sexuelle Orientierung hatten. [...] Das Konzentrationslager Auschwitz steht für die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus und für die von Deutschen und im deutschen Namen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. [...]

Dieses Menschheitsverbrechen hat deutlich gemacht, wie zerbrechlich der soziale und kulturelle Frieden in einer Gesellschaft sein kann, auf den wir uns doch Tag für Tag verlassen.

Der Geist des Nationalsozialismus, die Gewalt und der Hass waren in der Gesellschaft der Weimarer Republik offensichtlich. Zu viele Menschen folgten den Parolen und dem bürgerlichen Anstrich. Sie wählten die NSDAP bei der Reichstagswahl im März 1933 mit 43,9 % zur stärksten politischen Kraft.

Seit nun 75 Jahren tragen wir alle auch die Verantwortung, gegenüber Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht neutral zu bleiben. Unsere



Fotos: Uwe Sinnecker

Landesrabbiner Juri Kadnikov und Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt waren in den Plenarsaal gekommen.

Demokratie ist nicht nur Streitbar, sie ist wehrhaft. Dies galt gestern, es gilt heute und wird auch morgen gelten. [...]

Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung sind keine Werte, die in einer Gesellschaft selbstverständlich sind. Daher ist es neben der Erinnerung umso wichtiger, Taten folgen zu lassen. Es liegt an uns, Tag für Tag für ein respektvolles und vorurteilsfreies Handeln einzustehen. Es fängt beim eigenen Verhalten im Alltag an, spiegelt sich im ehrenamtlichen Engagement wieder und muss auch in der Politik stets präsent sein.

Yochanan Ron Singer

Präsident des Weltverbandes der Bukowiner Juden

Zunächst möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie mich heute zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ eingeladen haben, um über die Shoah und besonders über die Überlebenden dieser grausamen Epoche zu sprechen.

Während meiner Ausführungen werde ich versuchen, die Geschichte meiner Familie, mit den historischen Ereignissen zu kombinieren, die ich beschreiben werde. Mit Auschwitz sehen Sie nur einen Teil der Shoah. Heute verstehen wir den Holocaust als Massenmord an sechs Millionen Juden durch Nazideutschland. Nur wenige Menschen kennen das



Gastredner Yochanan Ron Singer (Präsident des Weltverbandes der Juden der Bukowina) mit (v.l.) Vize-Präsidentin Beate Schlupp, Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Vize-Präsidentin Dr. Mignon Schwenke und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

Kapitel der Shoah, das das faschistische rumänische Regime unter der Schirmherrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands begangen hat. Dabei wurden die Hälfte der rumänischen Juden – etwa 400.000 – ermordet.

[...] Heute will ich über die Shoah an den rumänischen Juden sprechen, in die ich hineingeboren wurde - die „stille Shoah“, die nur wenige kennen. [...] Deshalb ist es mir wichtig, aufzuzeigen, dass die Shoah von den rumänischen Juden und vor allem der Bukowina, Bessarabien und in Transnistrien unsagbar viele grausame Facetten hatte: Erschießungen, Todesmärsche, peiniger Hunger und

Typhusepidemien. Das Gebiet der Bukowina, oder „Buchenland“ in deutscher Sprache, befindet sich im Nordosten Rumäniens, südlich von Galizien, mit der Hauptstadt Czernowitz.

[...] Ich selbst wurde im Jahr 1940 in Czernowitz als Joachim Singer geboren und gehörte zur fünften Generation einer jüdischen Familie von Landbesitzern aus dem Dorf Kyselytsi in der Region Putyla in den Karpaten.

[...] Im Oktober 1941 wurde meine Familie aus Czernowitz vertrieben. Unter unmenschlichen Bedingungen und in Güterwagen gepfercht wurden wir



Gastredner Yochanan Ron Singer (Präsident des Weltverbandes der Juden der Bukowina)

nach Transnistrien deportiert. Ich war ein Kleinkind von eineinhalb Jahren und wurde von meiner Mutter in einem Rucksack auf dem Rücken getragen.

[...] Transnistrien ist ein künstlicher geografischer Begriff, der im Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde und sich auf den Teil der Ukraine bezieht, der im Sommer 1941 von deutschen und rumänischen Truppen erobert wurde. Zehntausende Juden wurden von der Einsatzgruppe D sowie von deutschen und rumänischen Milizen im wahrsten Sinne des Wortes geschlachtet. Als Transnistrien besetzt war, wurde es für die Internierung der Juden aus Bessarabien, der Bukowina und der Nordmoldau verwendet. [...]

Zwischen August 1941 und März 1944 stand dieses Gebiet unter rumänischer Herrschaft. [...] Dutzende von Massengräbern und die wenigen Überreste von 134 Todeslagern, Arbeitslagern und Ghettos, die dort verstreut sind, erzählen heute stumm die Geschichte dieses Landstrichs, der mit dem Blut von insgesamt 300.000 Judenopfern getränkt ist.

[...] Mit vielen anderen Juden trieb man uns am 12. Oktober 1941 zu Fuß nach Ataky an die Ufer des Flusses Dnjestr. Von dort ging es mit mehr schlecht als recht zusammengeziimmerten Flößen ans andere Ufer nach Moghilev-Podolsk in Transnistrien. Wer nicht laufen und mithalten konnte, wurde erschossen. Darunter mein 84jähriger Großvater Faibel und meine Großmutter Scheindel. Meine

Mutter, die versucht hatte, ihre Eltern mit ihrem Körper zu beschützen, wurde von den Gendarmen schwer verprügelt.

Am Ende des Marsches erreichten wir nach Hunderten von Kilometern, ohne angemessene Nahrung und Ruhe, das Dorf Ladyzhyn am Westufer des Bugs. Dort fanden wir, zusammen mit anderen Deportierten, eine Ecke eines verlassenen Schweinestalls, ohne Fenster, ohne Toilette, ohne Wasser. Mein Vater musste in einer Steinmine Zwangsarbeit leisten, meine Mutter arbeitete auf den Feldern der ukrainischen Bauern, während sie mich auf dem Rücken in einem Rucksack trug.

[...] Auschwitz mit seinen Gaskammern steht heute symbolisch für die Shoah. Doch in Osteuropa wurden über eineinhalb Millionen Juden bei Massenerschießungen ermordet, bei der sogenannten "Shoah durch Kugeln". 1.600.000 Juden, Menschen, wurden bei Massenerschießungen ermordet. Natürlich wird die Anzahl der Ermordeten zu einer bedeutungslosen Statistik. Um diese Zahl begreifbar zu machen, stellen Sie sich vor, dass es sich um fast die Anzahl der Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns handelt.

[...] Erst am 6. März 1944 wurde ich, zusammen mit fast 2.000 anderen, meistens Waisenkindern, aus einem Waisenhaus in Moghilev mit dem Kinderzug geschickt und somit gerettet. Ich war 3,5 Jahre alt, der jüngste Junge im Zug. [...]

Am 16. März 1944 wurde Transnistrien von der Roten Armee befreit. [...] Die Nord-Bukowina mit der Hauptstadt Czernowitz gehörte ab Ende 1944 zur Sowjetunion. Für die jüdische Bevölkerung und für die aus der Shoah traumatisierten Männer, Frauen und Kinder wurde es deshalb immer schwieriger, hier zu leben. So konfiszierten die Behörden z. B. auch das gesamte Eigentum meiner Familie, der Familie Singer. Angesichts dieser Situation überquerte die überwiegende Mehrheit der Juden aus der nördlichen Bukowina die Grenze nach Rumänien, um später nach Israel oder andere Orte in der Welt auszuwandern.

[...] Wir verließen die Bukowina und ließen unsere 45 Familienmitglieder, die ihr Leben lassen mussten, im Boden der transnistrischen Felder zurück. [...] und segelten [...] in Richtung Eretz Israel, das damals noch unter britischem Mandat stand. Die britische Marine stoppte das Schiff und leitete es nach Famagusta in Zypern um. Dort wurden die Holocaust-Überlebenden in Haftlagern festgenommen.

Am 10. Juli 1948 wurden wir aus dem Lager in Zypern befreit und reisten auf dem Schiff "Kommiyuth" (was soviel heißt wie Aufstand) zum Hafen von Haifa, dem Tor zur Heimat.

[...] Aus Joachim Singer wurde nun Yochanan Ron-Singer.

[...] Ich bin einer der Gründer der israelischen Hightech-Industrie und entwickelte mehrere Start-up-Unternehmen, die für eine Vielzahl von neuen Technologien verantwortlich zeichnen.

Ich bin seit über 50 Jahren mit meiner Gattin Talma glücklich verheiratet. Drei Kinder und 9 Enkelkinder gehören zum Glück meiner Familie. Dies ist die wahre und richtige Antwort auf diejenigen, die das jüdische Volk vernichten wollten.

Dies ist die Geschichte des Kindes, das die Nazis und das faschistische Rumänien in Transnistrien ausrotten wollten.

Engagement als Legitimation

Reiner Sendzik arbeitete mit Am Runden Tisch Schwerin

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes MV ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern. Diesmal: Reiner Sendzik.

Im Sommer '90 gehörte Reiner Sendzik als städtischer Amtsleiter für Wirtschaftsförderung zu den engagierten Verfechtern der Idee, Schwerin wieder zur Landeshauptstadt zu machen. Auch Rostock erhob diesen Anspruch. Nur weil sich der neue Landtag auf seiner ersten Sitzung im Oktober 1990 mit großer Mehrheit für die ehemalige Residenzstadt Schwerin entschied, konnte das Schloss zum Landtagssitz bestimmt werden. Im Frühjahr 1990 war diese Entwicklung nicht abzusehen. Allerdings half Reiner Sendzik bereits mit, die Lücke zwischen den alten zunehmend delegitimierten und den neuen demokratisch gewählten Gremien und Institutionen der DDR zu füllen. Der studierte Bauingenieur arbeitete mit am Runden Tisch der Stadt Schwerin.

Die Demonstrationen der Bürgerbewegung und die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 hatten die in der DDR-Verfassung verankerte Vormachtstellung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ins Wanken gebracht. Seit Dezember 1989 trafen sich in vielen Städten und Bezirken an soge-



Reiner Sendzik wirkte 1989/1990 mit am Runden Tisch der Stadt Schwerin. Foto: Andreas Frost

nannten Runden Tischen Vertreter der Oppositionsbewegung mit Vertretern der DDR-Staatsorgane, der SED, der vier sogenannten Blockparteien sowie anderer DDR-Verbände, wie zum Beispiel dem Kulturbund. Vorbild war Polen, wo im Frühjahr 1989 der Übergang zur Demokratie an Runden Tischen begleitet wurde.

„Die SED hatte einen Dialog angeboten“, erinnert sich Sendzik, „aber der sollte nach deren Vorstellung als Fragestunde von oben nach unten abgehalten werden“. Sendzik und seine Mitstreiter im Neuen Forum, dem damals wohl wichtigsten Sammelbecken der Bürgerbewegung, und in den anderen oppositionellen Gruppierungen und Parteien wollten jedoch „eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe, in der es nicht nur um die Versorgung mit Gemüse geht.“

Durch nichts legitimiert als durch ihr bisheriges Engagement in der Oppositionsbewegung und deren Demonstrationen im Herbst 1989 schlugen Sendzik und Mitglieder der neugegründeten Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), die wenig später in SPD umbenannt wurde, dem damaligen Schweriner Oberbürgermeister Helmut Oder vor, aus beiden „Lagern“ jeweils elf Vertreter sowie als Moderatoren drei Kirchenmänner an einem Runden Tisch zu versammeln. Sendzik hatte sich, so sagt er selbst, lange in seiner "Nische" eingerichtet. Das änderte sich, als am Rande der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR

am 7. Oktober 1989 Volkspolizisten und Stasi-Männer recht brutal gegen Demonstranten vorgingen. "Die Angst zu überwinden – das war in jenen Tagen unser innerer Motor."

Während der ersten Zusammenkunft des Runden Tisches im Dezember 1989 war die Stimmung angespannt. Die Oppositionsgruppen verlangten von der Stadtverwaltung Informationen über die Befehlslage für Armee, Volkspolizei und Staatssicherheit während der ersten großen Demonstration der Bürgerbewegung in Schwerin am 23. Oktober 1989. Die Antworten waren spärlich und in der SED-Bezirkszeitung "Schweriner Volkszeitung" erschien ein entstellender Bericht, so Sendzik. Die Opposition setzte durch, dass die montäglichen Sitzungen des Runden Tisches danach im Sendesaal des "Sender Schwerin" stattfanden und direkt im Radio übertragen wurden. Es war nicht die einzige brenzlige Situation, die der Runde Tisch über-

Wichtige Ereignisse März 1990

- 01.03.
Der DDR-Ministerrat unter Ministerpräsident Modrow verabschiedet eine Verordnung zur Bildung einer Treuhandanstalt.
- 05.03.
Der Zentrale Runde Tisch in Berlin verabschiedet eine Sozialcharta.
- 07.03.
Letzte Sitzung der vor der friedlichen Revolution gewählten Volkskammer.
- 08.03.
Die Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit werden regierungs-offiziell entpflichtet
- 12.03.
Letzte Sitzung des Zentralen Runden Tisch in Berlin
- 18.03.
Wahl der letzten Volkskammer der DDR, bei der die von der CDU angeführte Allianz knapp 50 Prozent der Stimmen bekommt. Die SPD landet bei rund 22, die SED-Nachfolgepartei PDS bei etwa 14 Prozent.

stehen musste. Als die Modrow-Regierung in Berlin an ihren Plänen festhielt, das Ministerium für Staatssicherheit in ein "Amt für Nationale Sicherheit" umzuetikettieren, drohten die Vertreter des Neuen Forums, der SDP und der Grünen Liga, auch in Schwerin den Runden Tisch platzen zu lassen.

Der Runde Tisch Schwerin verstand sich als Kontrollinstanz und als mobilisierende Institution gegenüber der damaligen Stadtverordnungsversammlung. „Wir wollten nicht Exekutive sein“, sagt Sendzik, „wir wollten wissen und öffentlich machen, was die da oben im SED-Staat wirklich leisteten. Wir wollten die DDR besser machen.“ So forderte der Runde Tisch Informationen zum Gesundheitswesen. In einer Schweriner Klinik wurde damals ein neuer Operationssaal nicht in Betrieb genommen. Sendzik: „Weil es dank der Planwirtschaft nicht gelungen war, Fenster zu bilanzieren, wie es damals hieß. Im Klartext: Es waren keine da.“

Ein weiteres wichtiges Thema war der Umweltschutz, um den sich bereits in den Jahren zuvor vor allem kirchliche Ökologiegruppen gekümmert hatten. Die Opposition wollte Einblick in bis dahin geheime Daten zur Gewässerbelastung der Schweriner Seen. "Wegen der teilweise ungefiltert eingeleiteten Abwässer drohten die Seen umzukippen. Das Problem war offensichtlich, aber niemand schien es zu lösen", berichtet Sendzik. Im Norden der Stadt roch es an einigen Tagen absonderlich. „Dann wurden“, so Sendzik, „medizinische Abfälle aus dem Klinikum verbrannt. Allerdings mangels richtigen Heizmaterials bei zu niedrigen Temperaturen.“

Einen konkreten Erfolg verzeichnete die Opposition am Runden Tisch, als bekannt wurde, dass mehrere ehemalige Stasi-Mitarbeiter als Lehrer an einigen Schulen angestellt worden waren. "Das war nicht, was wir mit der Parole 'Stasi in die Produktion' gefordert hatten", sagt Sendzik. Eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches lud die Betroffenen vor und befragte sie. Danach verzichteten die Ex-Stasi-Herren auf eine Tätigkeit an den Schweriner Schulen. Der Runde Tisch fragte auch nach der Finanzierung der SED, nach deren Immobilien und nach den Grundstücken der Stasi. Eine

zufriedenstellende Antwort bekam die Opposition am Runden Tisch zu jenem Zeitpunkt nicht.

Die Teilnehmer am Runden Tisch bemühten sich auch, der Krisenstimmung entgegen zu wirken, die durch immer mehr Berichte über Amtsmissbrauch und Korruption sowie über die anhaltende Massenflucht zu eskalieren drohte. Auf die anhaltende Abwanderung von Krankenschwestern und Ärzten aus Schwerin reagierte der Runde Tisch laut Sendzik mit einem öffentlichen Appell ans medizinische Personal, bitte in Schwerin zu bleiben. Reiner Sendzik: „Ob der Appell irgendeinen Erfolg hatte, weiß ich nicht.“

Dürr blieben die Antworten der Stadtverwaltung auf die Fragen der Bürgerbewegung zu den Wahlergebnissen der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Ihre Fälschung war zweifelsfrei erwiesen, die Manipulationen hatten die Protestbewegung mit ins Rollen gebracht. Oberbürgermeister Oder als oberster Wahlleiter teilte lediglich mit, die Wahlunterlagen seien aufgrund einer zentralen Anweisung vernichtet worden. Sendzik nutzte dennoch eine neu eingerichtete Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung, die weiterhin zusammentrat, um die 200 Stadtverordneten nach ihrer Legitimation zu fragen, die er wegen der gefälschten Wahlergebnisse anzweifelte. Antworten erhielt Sendzik nicht. Die "Schweriner Volkszeitung" jedoch habe in einem Artikel seinen Auftritt als Bereitschaft des Neuen Forums, in der Stadtvertretung mitzuarbeiten interpretiert. Eine Gegen Darstellung konnte Sendzik beim Chefredakteur nicht mehr durchsetzen. Der trat – wenn auch aus anderen Gründen – am nächsten Tag zurück.

Mit der Volkskammerwahl im März 1990 liefen auch die Zusammenkünfte am Runden Tische aus. Im Mai 1990 wurde eine neue Stadtvertretung gewählt. Sendziks Bilanz des Runden Tisches in Schwerin fällt ambivalent aus. Wenn es um konkrete Ergebnisse geht, "war es immer wieder dasselbe. Sie haben mit uns Katz und Maus gespielt, weil sie ihre Strukturen nicht aufgedeckt haben und letztendlich den Dialog immer mit einem Machtanspruch führen wollten." Andererseits glaubt er, dass die Mitar-



Impressionen von Demonstrationen im Jahr 1990
Foto: Anne-Lore Pohl

beiter der Stadtverwaltung jeden Montag am Radio lauschten, um rechtzeitig zu erfahren, worüber am Runden Tisch debattiert wurde. Von einer übergeordneten Perspektive aus ist für Sendzik jedoch klar: „Wichtig war, dass die Runden Tische in dieser Übergangszeit ein Vakuum gefüllt haben. Und natürlich waren sie auch ein Ventil, um zunehmenden Druck abzulassen.“

Andreas Frost



Am 22. Februar beteiligte sich der Landtag MV am mittlerweile 12. Aktionstag der überparteilichen Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im Schweriner Schlosspark Center. Damit war der Landtag in diesem Jahr eine von insgesamt 35 Vereinen, Verbänden und Institutionen, die den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern für Fragen und Gespräche zur Verfügung standen. Der Landtag MV bot den Interessenten dabei die Möglichkeit, unmittelbar mit Abgeordneten über landespolitische Themen in Austausch zu treten und ihr Wissen bei einem Landtags-Quiz zu testen. Der Organisator des Aktionstages, die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“, vereint mehr als 1.800 Einzelpersonen, Vereine, Verbände und Organisationen, die für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes MV eintreten.

Foto v.l.n.r.: Jan Holze (Geschäftsführer der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Mignon Schwenke, Dr. Rico Badenschier, Roswitha Bley (Geschäftsführerin der Landesinitiative WIR. Erfolg braucht Vielfalt.), Lennart Bley (Ehrenamtlicher Helfer der Landesinitiative WIR. Erfolg braucht Vielfalt.)

Nach Übernahme der Gastronomie im Schweriner Schloss durch die Schweriner Schloss Restaurant GmbH zum Jahreswechsel hat sich Ende Januar deren Aufsichtsrat konstituiert. Dem Gremium gehören folgende Abgeordnete an: Egbert Liskow (CDU), Eva-Maria Kröger (Linke) und Thomas de Jesus Fernandes (AfD). Den Vorsitz führt Tilo Gundlack (SPD). Die Landtagsverwaltung ist durch Direktor Armin Tebben und Justitiar Stephan Nolte vertreten. Der Geschäftsführer Arne Lawrenz hat bereits erste Veränderungen umgesetzt. Der Bischofskeller erstrahlt in neuem Glanz und erinnert mit historischen Aufnahmen an die lange Tradition der Räume. Die Orangerie soll zu Ostern geöffnet werden.

Am 25. Februar diskutierten 85 Jugendliche mit Vertreterinnen und Vertretern des Europäischen Parlaments und des Landtages MV darüber, in welchem Europa sie leben möchten. Im Rahmen des Europäischen Jugendforums stellten sich die Schülerinnen und Schüler dabei die Frage, in welchen Bereichen europäische Politik unseren Alltag konkret beeinflusst ausgehend von diesen Fragen erarbeiteten sie in unterschiedlichsten Politikfeldern Maßnahmen, die sie Politikerinnen und Politikern anschließend vorstellten. „Ich finde es sehr wichtig, dass sich Schülerinnen und Schüler mit den Herausforderungen für die EU beschäftigen und in direkten Dialog mit den Abgeordneten treten“, sagte Landtagsvizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke. Gemeinsam mit Georg Pfeifer, dem Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschlands, eröffnete sie das Jugendforum im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.

